

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 RM., monatlich 1.10 RM.,
 einschließlich 20 Pfg. Post und Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit Illustration 10 Pfg. Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnementspreis: 1.10 RM. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Regulierungs-
 Anstalt. Unter Bezugnahme der
 Reichs- und Landesgesetzgebung.
 2. März, für das obige Ausland
 3. März pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheften Kolonial-
 zeits über deren Raum 20 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (steh-
 gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlei-
 chen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 9. Februar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Lehren der Reichstagswahl.

I.

Es war vorauszu sehen und an sich durchaus begrüßens-
 wert, daß sich an den Ausfall der Reichstagswahl lebhaft
 Erörterungen über dessen Ursachen knüpfen würden. Solche
 Erörterungen sind notwendig, um zu einer klaren Beurteilung
 der Situation zu gelangen und die zukünftige agitatorische
 und organisatorische Tätigkeit so zu gestalten, daß uns bei
 der nächsten Wahl nicht wieder eine gleiche Enttäuschung be-
 schieden wird.

Genosse **Kautsky** hat denn auch in seinem Artikel in der
 „Neuen Zeit“, den wir in unseren beiden letzten Nummern
 wiedergegeben haben, in scharfsichtiger Weise auf eine ganze Reihe
 von Umständen hingewiesen, die den Wahlausfall zu erklären ge-
 eignet sind. Er verwies auf die ungeheure, bisher nie gesehene
 Agitation der Gegner; auf die kolossale Zukunftsmusik, die
 gerade in den Ohren manches Willkürers, der vom sozialistischen
 Zukunftsideal nichts wissen will, besonders verlockend klingt;
 auf die gute Getreide- und Futtermittelernie, die die Getreide-
 zölle minder bemerkbar machte und ihre Kritik übertrieben
 erscheinen ließ; auf die Vorteile, die infolgedessen auch den
 Kleinbauern aus den hohen Fleischpreisen erwachsen; auf die
 günstige industrielle Konjunktur, die die Lebensmittel-
 verteuerung minder fühlbar machte und möglicher-
 weise auch auf proletarische Kreise einschläfernd wirkte;
 auf das Wachstum der Gewerkschaftsbewegung; auf die
 Lohnkämpfe, die auch manche Handwerker und
 Mittelstandskreise gegen die Arbeiterkreise erbiterten;
 auf das Wachstum der Konsumvereine, das gleich-
 falls manche Elemente des Mittelstandes der Sozialdemokratie
 entfremdete; endlich auf die hereinziehende rüstungsbewegte
 Elemente in die Industrie, die bis jetzt noch nicht der Massen-
 kampfarmee des Proletariats eingegliedert werden konnten
 und deshalb bis zu einem gewissen Grade die Vorteile der
 seit 1903 fortgeschrittenen Industrialisierung des Landes wieder
 aufhoben. Kautsky führte alle diese Momente, die sich wahr-
 scheinlich noch vermehren lassen, nicht deshalb ins Feld,
 um unseren Mißerfolg zu beschönigen, um den durch
 denselben aufgestachelten Kampfesgeist einzulassen, sondern
 lediglich, um unbegründete Niedergeschlagenheit
 und schädlichen Nihilismus zu bannen. Und wenn
 Kautsky auch auf die Momente hinwies, die der Sozial-
 demokratie bei der nächsten Wahl möglicherweise wieder zu-
 statten kommen könnten: auf eine minder günstige Ernte, auf
 eine industrielle Depression, auf den kolonialen Stagnations-
 und die Erbitterung über die unaussprechlichen neuen Aus-
 gaben für Heer, Flotte und Kolonien, so lag es ihm natürlich
 durchaus fern, nur von diesen Umständen ein flottes
 Tempo des sozialdemokratischen Fortschritts zu erwarten.
 Sein Genosse wird energischer Anstrengungen auf agitatorischem
 und organisatorischem Gebiete, die Vermeidung bisheriger
 Fehler und das Einschlagen neuer, erfolgversprechender Bahnen
 der Propaganda freudiger begrüßen, als gerade Genosse
 Kautsky, als seine Gesinnungsgenossen.

Jedoch gab Kautsky das Vorbild ruhiger, besonnener Er-
 örterung. Er schilderte die Situation, analysierte die Um-
 stände, die einem rüstigen Fortschritt der Sozialdemokratie
 diesmal entgegenstanden; aber er übte mit feiner Silbe
 Kritik an der Art, wie diesmal der Wahlkampf geführt worden
 ist, er hütete sich weislich, ohne hinlängliche Unterlagen,
 lediglich nach persönlichem Empfinden, an der Wahl- und
 Kampfstatt der Partei vorschnelle Kritik zu üben. Leider
 ist diese Zurückhaltung nicht von allen Genossen, die
 sich inzwischen über den Wahlausfall geäußert haben,
 geübt worden. Leider haben sich bereits zwei Ge-
 nossen, **Calwer** und **Vernstein**, gefunden, die in den
 „Sozialistischen Monatsheften“ durch übereifrige Betritleitung
 der Wahlkampf- und Parteitaktik zwar den Nachweis führen
 wollen, daß die Partei selbst, oder wenigstens gewisse
 Richtungen in der Partei, den Mißerfolg verschuldet haben,
 die dabei aber nur das eine beweisen, wie gut gemeinter
 aber schlecht beratener Eifer gerade solcher Kritiker von der
 gegnerischen Presse gegen die Partei ausgeschlachtet
 zu werden pflegt. Gerade diejenige Seite, die so gern über
 einen Ueberfluß an innerer Parteibiskussion klagt und von
 Unbuddsamkeit und Reherzlichkeit zu reden pflegt, ergeht sich
 munter in Anklagen, kaum daß der Stichwahlkampf sein Ende
 gefunden!

Wir stellen also hiermit fest, daß es **Vernstein** und
Calwer sind, die wiederum die Parteidiskussion begannen
 haben. Gleichwohl nehmen wir in diesem Falle den kritischen
 Ueberreifer nicht besonders tragisch, da der Wahlausfall ja
 ohnehin den Meinungsaustausch in der Partei notwendig
 macht. Und wenn die Auseinandersetzung mit den Ansichten
 der Genossen **Calwer** und **Vernstein** auch nicht besonders er-
 spriechlich ist, weil sie neue Gesichtspunkte nicht zu entwickeln und neue
 Fingerzeige für eine wirksamere Propaganda nicht zu geben
 vermag, so gibt sie doch Gelegenheit, von neuem die Rich-
 tigkeit und Unantastbarkeit des von der Partei bisher und speziell
 auch beim Wahlkampf mit erfreulicher Einmütigkeit vertretenen
 Standpunktes darzutun!

Mit einigen Spezialansichten **Calwers** über die
 sozialdemokratische Stellung zur Schutzollfrage usw. werden
 wir uns noch an anderer Stelle beschäftigen. Hier wollen

wir nur einige Fragen erörtern, in denen zwischen **Calwer**
 und **Vernstein** eine gewisse Uebereinstimmung be-
 steht. So in erster Linie mit der Kolonialfrage.

Genosse **Calwer** nimmt Anstoß an der schroff und
 prinzipiell ablehnenden Stellung der Sozialdemokratie zur
 kapitalistischen Kolonialpolitik. Er schreibt
 darüber:

„Daß die Sozialdemokratie guten Grund hat, sich allen
 Forderungen der Regierung zu Kolonialzwecken gegenüber
 oppositionell zu verhalten, das ergibt sich einmal schon
 aus unserer heutigen Stellung zur Regierung, sodann aber
 aus der gänzlich einflusslosen Rolle, die der Ar-
 beiter im Produktionsprozeß spielt. Aber trotz stramm ab-
 lehrender Haltung darf auch der deutsche Sozialist nicht ver-
 kennen, daß unser Kapitalismus und unser Unternehmertum
 kolonisieren müssen, soll Deutschlands wirtschaftliche Zukunft
 dem konkurrierenden Auslande gegenüber gesichert werden.
 Es gibt kein zweites Industrieland auf der Erde, das aus sich
 selbst einen so starken Bevölkerungszuwachs entwickelt,
 wie Deutschland. Wir sehen nun, wie das Unternehmertum
 aller anderen mächtigen Industrieländer bis zum jüngsten, Japan,
 herab die Erde okkupiert. Da kann die Sozialdemokratie
 in Deutschland nicht verlangen, daß deutsche Unter-
 nehmertum solle hübsch zu Hause bleiben und keine
 weltpolitischen Ziele verfolgen. Wie denkt man
 sich denn bei dieser Auffassung die Verwirklichung des Sozia-
 lismus? Soll und muß denn nicht erst der Kapitalismus die
 Welt in seine Fesseln zwingen, bevor eine sozialistische Organi-
 sation der Wirtschaft funktionieren kann? Wenn diese Frage
 mit Ja beantwortet wird, dann muß das Kapital, auch das
 deutsche, hinaus und die Welt sich mit den Mitteln
 und Waffen untertan machen, die ihm zur Ver-
 fügung stehen. Zur Kritik der kapitalistischen Kolonialpolitik
 bleibt dabei noch ein weiter Spielraum übrig. Aber die Ent-
 faltungsnötwendigkeit des Kapitalismus mit unserer Kritik ge-
 wissermaßen negieren zu wollen, das ist etwa gerade so sozia-
 listisch, wie das Aufzählen von Bedenken gegen die Entfaltung
 des Großbetriebes und der Kartelle mit der Absicht, diese als ein
 unerfreuliches Symptom der Entwicklung bezeichnen zu wollen.
 Im Wahlkampf ist von unserer Seite viel auf die höheren Löhne
 der Arbeiter in England und Amerika hingewiesen worden. Es
 gab einmal eine Zeit, wo man mir diese Unterschiede einfach be-
 stritt. Nun möge man sich doch einmal die Mühe machen, zu
 untersuchen, woher das höhere Lohnniveau speziell in England
 kommt. Man wird dann finden, daß das Vorhanden-
 sein weiler Kolonien die Lage des Arbeits-
 marktes überaus günstig beeinflusst hat. Die
 Meinung, in Deutschland könnten ohne weiteres die Löhne auf
 das höhere Niveau des Auslandes hinausgerückt werden, ist so
 naiv und zeigt von so geringer Kenntnis der verschiedenartigen
 Struktur der Volkswirtschaft in Deutschland und im Auslande,
 daß man sie noch nicht einmal mit ihrer agitatorischen Wirkung
 entschuldigen kann.“

Vernstein geht zwar in seinen Folgerungen lange
 nicht so weit wie **Calwer**, aber auch er findet, daß die
 Partei der Kolonialfrage eine „ganz falsche Be-
 handlung“ hat zuteil werden lassen. Er sagt:

„Ich habe hierbei nicht die offiziellen Aste und Er-
 klärungen der Partei im Auge. Soweit ich mich an diesen zu be-
 teiligen hatte, ist es in rücksichtsloser, freier Uebereinstimmung
 mit meinen Kollegen geschehen, und die Aufrufe des Parteivor-
 standes im Wahlkampf sind von mir als Muster politischen
 Takttes begrüßt worden. Das Schlimme ist nur, daß diese offi-
 ziellen Aste und Erklärungen in der Wahlagitatorik voll-
 ständig zurücktraten hinter gewisse Präferenzzeugnisse
 und Redebüchlein, mit denen unsere Gegner hausieren
 gingen, und die, was noch fataler ist, auch auf einen großen
 Teil unserer eigenen Leute nicht ohne Wirkung
 blieben und sie zu Uebertreibungen in Wort und
 Schrift veranlaßten, denen gegenüber Herr **Vernburg** und
 die Agitatoren der Kolonialbewegung geradezu kinderleichtes
 Spiel hatten. Herr **Vernburg** hat ja gewiß bei Anpreisung der
 Kolonien viel aufgetragen. Aber es ist mir passiert, daß ich
 irgendwo — der Ort tut nicht zur Sache — in einer sozial-
 demokratischen Publikation zu lesen bekam, die deutschen Kolonien
 seien „allesamt nur Sandwüsten“. Solchen Aus-
 sprüchen gegenüber waren die **Vernburgschen** Gröndel-
 falkulationen immer noch harmloser Optimis-
 mus, und sie mußten, da sie doch immerhin Tatsachen zur
 Grundlage hatten, auf den nicht schon vorzuringenommenen Leser
 um so tieferen Eindruck machen. Auch wo man in Herabsetzung
 der deutschen Kolonien nicht so weit ging, ihnen alle Zukunft ab-
 zusprechen, ist man auf unserer Seite in Uebertreibungen ver-
 fallen, deren Eindruck gegenüber den der anderen Seite zur
 Verfügung stehenden Tatsachen unmöglich standhalten konnte.
 So ist unsererseits der Rentabilitätsstandpunkt in
 der Kolonialfrage in einer Weise hervorgehoben worden,
 wie es sich gerade für Sozialisten am wenigsten schickte.
 Liegt gegen die deutschen Kolonien weiter nichts vor, als daß
 sie sich noch nicht budgetmäßig rentieren respektive ihre Ver-
 waltungskosten noch nicht decken, so wäre es verwerfliche
 Pfennigfuchserie, die zu ihrer Erschließung erforderlichen
 Gelder zu verweigern. So viel Mittel hat das Deutsche Reich
 schon, für einen Kulturzweck — und das ist doch das Erschließen
 unkolonialisierter und halbkolonialisierter Länder — jährlich etliche
 Millionen auf Vorstuf auszugeben.“

Was uns beranlaßt, die Kolonialkredite zu verweigern, ist in
 erster Linie der Umstand, daß die Kontrollrechte des
 Parlaments hinsichtlich der Grundsätze der Kolonialverwal-
 tung, der Besetzung der verantwortlichen Stellen im Kolonial-
 amt und auch in den Kolonien gänzlich ungenügend sind, daß
 der Reichstag auch hier bloß eine Geldbewilligungsmaschine, aber
 keine Kontrollinstanz ist. So lange dies der Fall, kann
 eine demokratische Partei gar nicht anders handeln, als durch
 Verweigerung der Regierungsmittel jede Verantwortung für die
 Regierungssatte von sich abzuweisen. Nur, wenn er
 beharrlich so verfährt kann der Reichstag sich diejenige Bestim-
 mungsmacht über die Regierung des Landes erobern, die er
 als die gewählte Vertretung eines der ersten Kulturvölker der
 Welt beanspruchen muß. Unsere Ablehnung der Kolonialkredite
 heißt darum noch nicht, daß Deutschland keine Kolonien
 haben soll, sie heißt nur, daß wir das System verwerfen,
 nach welchem das Kolonialwesen in Deutschland geregelt wird,
 und dessen Fehler wir zur Gemüge kennen gelernt haben. Des
 weiteren nötig und zur Verwertung der Kolonialkredite der
 enge Zusammenhang, in dem die Kolonial-
 politik mit der Weltpolitik überhaupt steht,
 auf deren Gestaltung der Reichstag bei uns noch einflußlos ist,
 als auf die Kolonialpolitik schlechthin, deren Auswirkung auf
 das Heimatland sich jedoch in unausgesehener Anschwellen der
 Ausgaben für Rüstungen zu Wasser und zu Lande geltend macht.
 Die 30 Millionen für Kolonialzwecke sind in unserem Budget
 eine Vogatelle, aber sie sind mit den mehr als 1000 Millionen für
 Heer und Flotte, und was dahinter steht, so eng verbunden,
 daß, wer sie bewilligt, jene nicht verweigern, an ihnen nicht
 einmal ernsthaft Abstriche vornehmen kann.“

Man sieht: **Calwer** geht viel weiter und zieht die
 letzten Konsequenzen seines Standpunktes, während **Vern-
 stein** zwar die „Pfennigfuchserie“ der Kolonialpolitik gegen-
 über tabelt und Kolonien an sich für ganz nützlich hält,
 die derzeitige Kolonialpolitik aber nicht nur, wie **Calwer**, des-
 halb abgelehnt wissen will, weil dem Proletariat die Kon-
 trolle über die Politik und Produktion fehlt, sondern auch
 wegen ihrer weltpolitischen Konsequenzen. Diese
 Konsequenzen, die **Vernstein** abschreckt, haben für **Calwer**
 ganz und gar nichts Furchterliches. Das Proletariat soll
 zwar die Kolonialkredite ablehnen und der ganzen Weltpolitik
 mit dem Gewehr bei Fuße zusehen, aber es soll dem
 Kapitalismus, der sich ausbreiten und sich
 die „Welt untertan“ machen muß, auch keine
 Knüttel zwischen die Beine werfen!

Vernstein und **Calwer** sind sich aber wenigstens darin
 einig, daß die Sozialdemokratie sich bei ihrer Bekämpfung der
 Kolonialpolitik mehr Reserve auferlegen, kühleres
 Blut bewahren soll!

Zunächst eine Bemerkung: **Calwer** und **Vernstein** schreiben
 der Stellung der Partei zur Kolonialfrage einen Teil der
 Schuld zu, weshalb die Sozialdemokratie bei den Wahlen
 nicht besser abgeschnitten hat. Nun, welches Flasche würde
 die Partei erst mit einer Bekämpfung der Kolonialpolitik
 machen, wie sie **Vernstein** und **Calwer** empfehlen! Eine Partei,
 die die Verächtigung und Notwendigkeit der
 Kolonialpolitik zugäbe, die Kolonialkredite aber lediglich des-
 halb verweigerte, weil man ihr nicht den ihr zukommenden
 politischen Einfluß einräumt, würde sich geradezu unendlich
 machen! Wie schief war schon die bisherige Haltung des
 Freisinn, der in Sachen der Kolonialpolitik nicht Fleisch,
 nicht Fisch war; der immer nur kritisierte und Abstriche machte,
 und sich erst wahrhaft glücklich fühlte, als er endlich durch
 die **Dernburgiade** von seiner unsuchbaren Halbheit erlöst
 wurde!

Uebrigens halten wir es doch für eine seltsame Art, wie
Vernstein die **Dernburgschen** Elefanten schluckt und die sozial-
 demokratischen Rücken reißt. Die erwähnten sozialdemokrati-
 schen Flugblattübertreibungen spielten dem kolossalen Humbug
 der **Dernburgianer** gegenüber doch wahrhaftig keine Rolle. Wohl
 aber werden sich die Ueberhermänner vom Reichsverband
 sicherlich nicht die geringschätzigste Art entgegen lassen, womit
Vernstein den Rentabilitätsstandpunkt abtut und die
 1500 Millionen, die Deutschland in 22 Jahren für seine
 Kolonien verpulvert hat, als jährlich „etliche
 Millionen“ bezeichnet. Wir schwimmen ja in Deutschland
 im Gelde, unsere innerpolitischen, sozialen Kulturaufgaben
 schreiten so rüstig fort, daß es auf die „etlichen Millionen“
 oder „30 Millionen“, wie **Vernstein** **Dernburg** gläubig nach-
 spricht, gar nicht ankommt! Zum Schluß freilich kommt auch
 bei **Vernstein** das dicke Ende: die Milliarden für Heer und
 Flotte, die nun einmal mit der Weltpolitik unlosbar zu-
 sammenhängen und die die Sozialdemokratie unmöglich
 bewilligen kann.

Calwer geht da ganz anders auf Ganze. Für ihn
 ist die Kolonialpolitik, die verwegene, welt-
 erobernde Weltpolitik, eine kapitalistische Not-
 wendigkeit. Ja, mehr noch: Ohne sie kann auch das
 deutsche Proletariat seine soziale Lage nicht verbessern, ohne
 sie nicht den politischen und gesellschaftlichen Einfluß erobern,
 der es reif macht, das Erbe des Kapitalismus anzutreten.
 Deshalb soll das Proletariat — zwar nicht die Kolonial-
 kredite bewilligen, wohl aber die weltpolitische Abenteuer-
 politik der herrschenden Klasse auf Kosten des Proletariats un-
 gestört gewähren lassen! Es ist nicht gerade erbaulich,
 von einem Reichstagskandidaten der deutschen Sozialdemokratie
 solche Ansichten entwickeln zu hören. In der Tat: herrschte

innerhalb der sozialdemokratischen Massen eine solche Unklarheit, so wäre der Sozialdemokratie diesmal tatsächlich das Los beschieden gewesen, das ihr unsere Gegner so gern bereiten möchten, so wäre sie auf der Strecke geblieben, „niedergeritten“ worden!

Es ist geradezu unglaublich, zu behaupten, daß der deutsche Kapitalismus sich ohne Kolonialpolitik nicht zu entwickeln vermöchte. Die gewaltige bisherige Entwicklung Deutschlands beweist ja gerade das Gegenteil. Denn daß diese Entwicklung auch nur im geringsten der deutschen Kolonialpolitik zuzuschreiben wäre, wird ja auch Calwer nicht behaupten wollen. Und haben sich nicht auch andere Länder mächtig entwickelt ohne Kolonien. Der belgische auswärtige Handel z. B. stieg von 2931 Millionen Frank im Jahre 1893 auf 5401 Millionen im Jahre 1905. In diesen 5401 Millionen partizipierte aber der Handel mit dem Kongostaat nur mit 70 Millionen! Aber auch von dem niederländischen Handel in Höhe von 4577 Millionen Gulden im Jahre 1905 entfiel auf den Handel mit den Kolonien nur die Summe von 470 Millionen Gulden. Der Handel der Niederlande mit Deutschland betrug dagegen 1700 Millionen Gulden, der mit Frankreich 676 Millionen Gulden, der mit Belgien 480 Millionen Gulden. Und hat sich nicht Spaniens Handel seit dem Verlust seiner Kolonien gehoben, statt sich zu vermindern? Ist ferner nicht Deutschlands kapitalistische Entwicklung rascher gemacht als die Frankreichs, trotz des großen Kolonialbesitzes Frankreichs? Sind die Löhne der deutschen Arbeiter nicht höher als die der französischen und holländischen Arbeiter, trotzdem diese Staaten alte Kolonialländer sind?

Was würden selbst zehnmal ergiebiger Kolonien für Deutschlands Industrie und Handel bedeuten! Was selbst ein paar Milliarden in unseren Kolonien angelegten Kapitals gegenüber den 25 Milliarden deutschen Kapitals, die nach der amtlichen Denkschrift über die Entwicklung der Seeinteressen Deutschlands bereits heute im Ausland angelegt sind! Hinzu kommt, daß unsere deutschen Kolonien deutschen Arbeitern keinerlei Erwerbsgelegenheit bieten. Wer sich in Südwesafrika ansiedeln will, bedarf eines Kapitals von mindestens 20000 Mk. Die übrigen Kolonien sind schon ihres Klimas wegen der Bestäubung durch Deutsche verschlossen. Das in unseren Kolonien angelegte Kapital gibt nicht deutschen Arbeitern Beschäftigung, sondern dient nur zur rücksichtslosen Ausbeutung der Eingeborenen und — im besten Falle — zur Heranzüchtung von Kolonialagrariern und Kolonialnobels! Agrarier und Kapitalisten haben wir aber im eigenen Lande schon im Überflusse!

Es ist also absolut unrichtig, daß der deutsche Kapitalismus der Kolonien zu seiner Entwicklung bedürfte. Diese Weltpolitik entspringt nicht dem elementaren Bedürfnis der deutschen Volkswirtschaft, sondern der Profigier kleiner Kapitalistenschichten, dem Latendrang gewisser weltpolitischer Romantiker und der Avancementslüsternheit der in kleinen Garnisonen sich langweilenden Berufssoldateska. Und diese Weltpolitik gefährdet nicht nur durch die Herausforderung internationaler Konflikte Deutschlands wirtschaftliche und politische Großmachstellung, sondern sie bedroht auch die Nation selbst mit schlimmer politischer und moralischer Korruption! Nicht nur jede Unterstützung, sondern auch jede indirekte Vorhülfe dieser Weltpolitik durch passives Geschehenlassen hemmt den sozialen und politischen Aufstieg des Proletariats, verlängert die Privilegien- und Ausbeutungswirtschaft der herrschenden Klassen und entwertet den Klassenkampf des Proletariats!

Ob die soziale Entwicklungsstufe des heutigen Deutschlands bereits die Verwirklichung des sozialistischen „Endziels“ ermöglicht, ist eine müßige Frage. Dies Endziel ist nicht mit einem Schlage zu erreichen, es setzt Uebergangsstadien voraus. Aber daß die durch die soziale Entwicklung geschaffene Klassencheidung bereits soweit gediehen ist, daß die nichtbesitzende Klasse kraft ihrer Uebersahl die politischen Macht erobern und die demokratischen und sozialen Vorbedingungen für den Uebergang zum Sozialismus schaffen könnte, kann nur der bestreiten, der keine Ahnung von der Gewerbe- und Einkommenstatistik hat. Es handelt sich für die Sozialdemokratie nur darum, der Mehrheit der nichtbesitzenden Klasse ihre Klassenlage zum Bewußtsein zu bringen, das Proletariat zum Klassenbewußtsein zu erwecken! Das erreicht man aber nur durch den Klassenkampf selbst, durch rücksichtslose Bekämpfung des kapitalistischen Systems, nicht aber durch allerhand Zugeständnisse an den vom weltpolitischen Aberwitz befallenen Kapitalismus!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Februar 1907.

Die Wahlmacht der Regierung.

Der „Bayerische Kurier“ veröffentlicht verschiedene höchst interessante Auszüge aus Briefen, die während der Wahlzeit zwischen dem Leiter des Flottenvereins, dem bekannten Generalmajor Reim, Angestellten des Reichskanzleramtes, und verschiedenen Herren, die im Flottenverein eine Rolle spielen, gewechselt worden sind. Die Briefe sind so belastend für die von der Regierung betriebene Wahlmacht, daß es durchaus begreiflich ist, wenn die konservative und liberale Presse vor dem Abdruck der betreffenden Dokumente zurückschreckt und sich vorläufig darauf beschränkt, den Staatsanwalt gegen den „Mißbrauch der Veröffentlichung“ derartiger die Regierung bloßstellender Briefe anzurufen. Aus den Briefen geht nämlich mit größter Deutlichkeit hervor, daß:

1. der „unpolitische“ Flottenverein die Agitation gegen die „Waterlandsfeinde“ bei den letzten Wahlen zum Teil mit Geldern betrieben hat, die ihm aus dem Reichskanzleramt zufließen;

2. die Regierung mit ihrem Vorgehen weit mehr das Zentrum als die Sozialdemokratie treffen wollte;

3. der Flottenverein zunächst nach der Hauptwahl ein Bündnis mit den Sozialdemokraten gegen das Zentrum einzugehen gedachte und erst nach der Ausgabe der sozialdemokratischen Stichwahlparole diese Absicht fallen ließ.

Wir beschränken uns vorläufig auf folgende Auszüge aus den von der „Germania“ reproduzierten Veröffentlichungen des bayerischen Zentrumsblattes:

Am 1. Februar 1907 fand eine Präsidialsitung des Flottenvereins im Lokal des Vereins statt; auch Bayern kamen. Nun galt es, die vielen Schmähschriften gegen das Zentrum, die noch im Lokale waren, zu verbrennen: Man verstellte eine Tür, damit

die Bayern die vom Flottenverein versendeten Flugschriften „Ein Katholik“ (Verfasser ist ein protestantischer Württemberger in der Kolonialabteilung), „Lügen des Herrn Erzberger“, „Weiteres aus der Kolonialen Lügenfabrik“ (in der Kolonialabteilung verfaßt) nicht sehen konnten. Die Marineoffiziere, die sonst bei der Verpackung mitgeholfen haben, wurde entfernt, und so konnte die Präsidialsitung des — unpolitischen Vereins ruhig vor sich gehen!

Die Vorstandsmitglieder erzuhen natürlich nichts von der Tätigkeit, die ihr Geschäftsführer, General Reim entfaltet hat, der an Katholiken so rührend schön über die Interessen der katholischen Kirche schreibt, der in Kreisen von Protestanten aber erstere als den „Todfeind“ unserer „evangelischen Konfession“ bezeichnet! Für die Bezahlung der Bahndrucke, die dem Flottenverein durch das Versenden seiner 15 Millionen Flugschriften, darunter an 124 000 Lehrer — so rühmt er sich selber — entstanden, sorgen andere Leute! Wer? sagt uns Fürst Salim, der Vorsitzende des Flottenvereins, der an Generalmajor Reim schrieb, daß der Reichskanzler Fürst Bülow hierfür 30 000 Mark zur Verfügung gestellt habe. Aber diese Summe reichte nicht aus.

Am 15. Januar 1907 fragte die Firma Ritter u. Sohn (die ein Verlagsmonopol von amtlichen Stellen hat) beim Flottenverein an, wie sie es für die Stichwahlen mit der Vergrößerung des Vorrats halten solle; 150 000 Stück „Die Wahrheit über unsere Kolonien!“ und 500 000 Stück „Deutsches Volk!“ seien noch auf Lager. Schon am 30. Januar 1907 erhielt die Firma folgende Antwort vom Flottenverein:

Ob wir überhaupt noch Sachen zur Verwendung aufgeben werden, hängt von einer Unterredung ab, die heute mit der Wilhelmstraße (d. h. Reichskanzlerpalais) stattfindet. Will diese Stelle außer den bis jetzt bei Ihnen entstandenen Kosten für Druck und Versand, die sicherlich nicht gering sein werden, auch die Kosten für die eventuell noch zur Verwendung gelangenden Sachen übernehmen, so soll und das recht sein. Wir werden, sobald wir Bescheid haben, Ihnen Nachricht zugehen lassen. Die Wilhelmstraße hat es ja in der Hand, was sie machen will, da ja auch die Nassau-Sache und die vom Generalfeldmarschall im Auftrage der Wilhelmstraße gedruckt und versandt worden ist. Wir sind nicht in der Lage, von Vereinsmitteln einen Pfennig dafür zu opfern.

Am 26. Januar 1907 verhandelte bereits Generalmajor Reim an die ihm ergebenden liberalen Zeitungen in Essen, Dortmund, Leipzig, Stuttgart, Dresden usw. eine Parole für die Stichwahlen; in dieser heißt es, daß dem „Zentrum erst recht die Zähne gezeigt werden müssen“; er zählt auch die Namen der Abgeordneten auf, die in erster Linie beseitigt werden müßten, so daß sie keinen Einfluß mehr hätten, er nennt u. a. die Abgg. Gröber und Erzberger, die aber an diesem Tage beide schon gewählt waren. Doch im Reichskanzlerpalais hatte über Nacht der Wind umgeschlagen. Man wollte dem Zentrum nicht mehr die „Zähne zeigen“.

Dafür suchte man im Flottenverein ein Bündnis mit der Sozialdemokratie. Die Anregung ging aus von dem Landrichter Stern in Weuthen in Oberschlesien, der rednerisch und schriftstellerisch in der Wahlbewegung tätig war. Am 26. Januar 1907 schrieb er an Generalmajor Reim einen Brief, in dem es heißt, daß das „Zentrum in kläglicher Weise in Oberschlesien an die Wand gedrückt worden sei“; das nächste Mal komme es nicht mehr in Stichwahl in Dppeln, Gleiwitz, Rattowitz, Weuthen, vielleicht auch Ratibor und Pleß; die Galaktischen würden hier stärker werden. Dann kommt folgender Ratsschlag des großen Flottenvereinsmannes:

„Es muß alles daran gesetzt werden, weiteres Ersinken des Zentrums in der Stichwahl zu verhindern und die Sozialdemokratie dahin zu bringen, daß sie bei Stichwahlen, wo Zentrum gegen andere bürgerliche Parteien steht, stets für diese gegen das Zentrum den Ausschlag gibt. Jetzt nach den furchtbaren Schlägen, die sie bekommen hat, wird die Sozialdemokratie wohl zu Verhandlungen bereit sein, besonders muß ihr rechter Flügel gestärkt werden... So ist eine Abmachung dahin geboten, daß die Sozialdemokratie und die nationalen Parteien einander gegen das Zentrum gegenseitig unterstützen.“

Herr Stern fand Gehör bei Generalmajor Reim, der am 28. Januar antwortete: „Was das Zentrum betrifft, so habe ich schon in derselben Richtung nach dem Maß meiner schwachen Kräfte gewirkt.“ Die Absicht scheiterte daran, daß der Vorstand unserer Partei bereits am 27. Januar im „Vorwärts“ die sozialdemokratische Stichwahlparole veröffentlichte, und durch diese die sozialdemokratischen Wähler aufforderte, unter keiner Bedingung für Konservativen, Antisemiten und Nationalliberale zu stimmen.

Ferner schreibt am 26. Januar 1907 der Generalistimus des Flottenvereins, Generalmajor Reim, an Landrichter Stern in Weuthen: „Offentlich hat die Regierung jetzt den Mut, auch eine vernünftige Flottenvorlage einzubringen.“ Die nationalliberale „Rhein-Westf. Zeitung“ in Essen forderte am 29. Januar 1907 von Generalmajor Reim erst eine Verständigung mit dem Zentrum für die Stichwahlen; aber nach diesem müsse der Kampf gegen das Zentrum erst recht beginnen. Dann heißt es:

Am besten geschieht dies indirekt dadurch, daß die Regierung eine große nationale Politik betreibt. Bringt sie uns, wozu sie nach ihren Reden verpflichtet ist, in der nächsten Zeit eine koloniale Eisenbahnvorlage, eine Flottenvorlage usw., dann wird das Zentrum Farbe bekennen müssen.

In einem Brief vom 15. Januar 1907 an Amtsrichter Knandt in Hoyerwerda, wo Wassermann kandidierte, erteilt Reim folgende Ratsschläge:

Vergessen Sie nicht, Herrn Wassermann klar zu machen, daß 1. Kolonialpolitik ohne Flottenpolitik Unsinn ist; 2. die nationalliberale Partei sich in der Flottenfrage sehr wenig national benommen hat und hierbei hinter dem Zentrum hergelaufen ist, da Herr von Tirpitz nicht den Mut hatte, aus Angst vor dem Zentrum eine vernünftige Flottenvorlage einzubringen. Dasselbe gilt auch von Herrn v. Bülow. Vergessen Sie nicht, ihm zu sagen, daß deshalb in allen nationalliberalen Kreisen das Verhalten der Partei mit großem Mißfallen beurteilt werde und daß es Aufgabe der nationalen Parteien sei, für eine vernünftige Flottenvorlage einzutreten.

Also selbst die Nationalliberalen sind „sehr wenig national“. Amtsrichter Knandt antwortete am 17. Januar 1907: „Herrn Wassermann habe ich vorige Woche auf zehn Minuten gesprochen, dabei aber die Flottenfrage nur flüchtig berühren können.“ Am 18. Januar schreibt Generalmajor Reim zurück:

Ich traue zwar Herrn Wassermann nicht ganz, aber die Nationalliberalen schaden uns durch unsere Unterstützung bei den Wahlen so unendlich viel, daß es geradezu haarsträubend wäre, wenn sie diesmal wieder flau würden.

Generalmajor Reim fügt noch den schönen Satz bei: „Nach meiner Ansicht ist das Zentrum gefährlicher als die Sozialdemokratie.“

Höchst charakteristisch ist ferner ein Brief des Hauptmanns Salzer in Generalstabe der Schutztruppe für Südwesafrika an den Flottenverein vom 28. Januar. Der Hauptmann beschwert sich darin, daß er in Dresden in einer Versammlung als zweiter Redner sprechen sollte, und dazu noch in einem „Tanzlokale“ zweiter Klasse an der äußersten Peripherie der Stadt. Hauptmann Wager komme besser weg und dürfe im Geberbehau reden. Dann kommt folgendes wertvolle Eingeständnis: „Ich habe mich dem Flottenverein nur auf ausdrücklichen Wunsch des Oberkommandos zur Verfügung gestellt.“ Dieser Offizier ist also zur Wahlagitation kommandiert worden.

Wir enthalten uns vorläufig jeden Kommentars zu diesen das Ansehen der Reichsregierung im In- und Auslande schwerlich fördernden Briefen und richten nur an den Reichskanzler die Anfrage: Aus welchen Fonds stammen die großen Summen, die das Reichskanzleramt für die genannten Proschüren und Flugblätter zur Verfügung gestellt hat? — Die „nationale Ehre“ erfordert eine Antwort!

Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Freitag die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt. Die Debatte begann mit einem Geplänkel zwischen Zentrum und Nationalliberalen, die sich gegenseitig die Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten bei den letzten Reichstagswahlen vorhielten. Von beiden Seiten wurde der Vorwurf auf das entschiedenste zurückgewiesen. Die Herren vom Zentrum beteuerten nicht minder feierlich als die Nationalliberalen, daß sie in der Stichwahl „unentwegt“ für die Reaktion eingetreten seien. Graf v. Spee (S.) fügte noch das Bedauern der Parteileitung darüber hinzu, daß sich vielleicht einige Hundert Zentrumswähler zur Stimmabgabe für einen Sozialdemokraten hätten hinreißen lassen. — Die sittliche Entrüstung der einen Partei über die andere ist wenig am Platze, denn beide haben Schächer geschäfte zu treiben gesucht, und nur an dem hohen Preise, den das Zentrum von den Nationalliberalen forderte, ist das Geschäft gescheitert. Insbesondere hatten die Nationalliberalen, die Pächter des „Patriotismus“, die beste Absicht, für den Preis einiger Mandate den Schwarzen, denen der Kampf der Regierung galt, hilfreiche Hand zu leisten.

Die Etatsberatung selbst war belanglos. Von den Rednern der Rechten und des Zentrums wurde wieder und wieder die Fleischnot bestritten, dagegen sehr viel über die Leutenot auf dem Lande gelaugt. Wenn man die Herren reden hört, dann muß man sich wirklich darüber wundern, daß überhaupt eine Leutenot existiert. Haben doch die ländlichen Arbeiter, wie die Agrarier kühn behaupteten, nicht nur reichlichen Lohn, sondern auch ihr Stück Land, vorzügliche Wohnungen und allerlei Gutes sonst! Wie die Wohnungen in Wirklichkeit aussehen, das beweist zur Genüge das Wort Wilhelms II., der die Landarbeiterwohnungen in Cabinen mit Schweineställen verglich.

Beim Kapitel „landwirtschaftliche Lehranstalten“ forderte das Zentrum — wie alljährlich — die Einfügung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der ländlichen Winter- und Fortbildungsschulen! Lieber wollen die Herren überhaupt auf die Fortbildungsschulen verzichten, als daß sie den Religionsunterricht fallen lassen. Der Minister äußerte sich zu dieser Forderung nicht.

Aus der übrigen Beratung ist nur noch die Annahme einer Resolution zu erwähnen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, den Dispositionsfonds für Prämien bei Pferderennen angemessen zu erhöhen — eine Resolution, die für den im Landtag herrschenden Geist charakteristisch ist. Bezeichnend war es auch, daß die freisinnigen weber diese Resolution noch den Behauptungen der Agrarier, daß es keine Fleischnot gebe, entgegenzutreten. Ansehend wollen sie es mit ihren Waffenbrüdern nicht verderben.

Am Sonnabend wird die Etatsberatung durch die Besprechung der nationalliberalen Interpellation über den Studischen Bremderlaß unterbrochen.

Scharfe Patronen.

Die uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, mußten sich am Stichwahlabend die beiden Bataillone der Gardegrenadiere am Kupfergraben alarmbereit halten. Von 8 Uhr abends mußten sie sich zum Ausrücken bereit halten, bis gegen 3 Uhr morgens lagen die Leute mit umgeschmolzenem Seitengewehr und scharfen Patronen versehen auf ihren Stuben.

Es liegt auf der Hand, daß diese Alarmbereitschaft mit scharfen Patronen nicht deswegen angeordnet worden war, um etwa gegen die „Radau-Creme“ der Hurrapatrioten einzuschreiten. Diese patriotische Demonstration ist ja diesmal nicht nur durch die Polizei nicht am Gröhlen, Pfeifen und der Hauschlüsselmusik gehindert worden, vielmehr gliederten sich bei dem Umzug durch die Stadt die Polizeioffiziere, die diesmal vielfach an die Stelle der Schulleute traten, dem Zug ohne weiteres ein. Außerdem ist ja diesmal diese Radau-Creme, wie sich die „Köln. Volkszeitung“ ausdrückt, nicht nur durch eine Ansprache des Fürsten Bülow geehrt worden, sondern sie hat auch die Genugtuung erlebt, den Träger der Krone selbst zu seiner bekannten Ansprache zu veranlassen.

Gegen diese Demonstrationen also waren die beiden Bataillone der Gardegrenadiere nicht mit scharfen Patronen versehen worden. Vielleicht aber nahm man an, daß sich auch die Wähler der sozialdemokratischen Partei, also die der die Mehrheit der Wähler der Reichshauptstadt repräsentierenden Sozialdemokratie, zu einer Gegendemonstration veranlaßt sehen möchten. Und die Ausrüstung der beiden Bataillone mit scharfen Patronen läßt vermuten, daß die Polizei und das Militär diesen Proletarietdemonstrationen nicht mit der gleichen Toleranz begegnet sein würde, wie dem johlenden Umzug der hurrapatriotischen Radau-Creme.

Kraffer als durch die Ausrüstung der beiden Bataillone der Kupfergraben-Gardegrenadiere mit scharfen Patronen läßt sich die grundverschiedene Behandlung nicht demonstrieren, die man der bürgerlichen Radau-Creme einerseits und der Mehrheit der proletarischen sozialdemokratischen Bevölkerung andererseits zugehört hat. Die Hurra-Creme darf die Straßen sperren. Sie darf pfeifen, johlen nach Herzlust. Sie darf selbst in das Fenster des kaiserlichen Schloßes werfen, sie darf sogar dem kaiserlichen Automobil den Weg versperren, sie darf ihre Waffen vor das königliche Schloß wälzen und despektierlich selbst die Terrassen vor dem Schloß okkupieren, ohne daß irgend ein Schutzmann eingreift: Sobald aber die arbeitende Bevölkerung, die sozialdemokratisch gewählt hat, wir wiederholen, die Mehrheit der Berliner Wählerschaft, eine Demonstration veranstaltet hätte, so wären höchst wahrscheinlich die beiden mit scharfen Patronen versehenen Bataillone der Gardegrenadiere am Kupfergraben mobilisiert worden!

Deutsches Reich.

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag?

Nach den Behauptungen offiziöser Blätter sollten die amerikanischen Handelsdelegierten, die vor einiger Zeit Deutschland besuchten, nur zu dem Zwecke herübergekommen sein, um sich über die Möglichkeiten eines deutsch-amerikanischen Handelsvertrages zu informieren. Zur Anbahnung eigener Verhandlungen, hieß es, hätten die Amerikaner keinen Auftrag gehabt. Tatsächlich scheinen die Delegierten aber doch mit der deutschen Regierung eine Art Reziprozitätsvertrag, wenn auch zunächst einen für beide Seiten unverbindlichen Vertrag, vereinbart zu haben; denn das Wolffsche Bureau verbreitet heute folgende Mitteilung:

London, 8. Februar. Der „Tribune“ zufolge ist in Washington tatsächlich beschlossen worden, daß der Senat zur Beratung des neuen San Domingo-Vertrages und der Tarifbeziehungen mit Deutschland nach dem 4. März zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten soll. Man erklärt, es würde ein Reziprozitätsvertrag mit Deutschland vorgelegt werden.

Der vaterländische Pflichtbegriff der Nationalliberalen.

Die nationalliberale Presse hat vor den Stichwahlen in unzahligen Variationen die Ansicht vertreten, das Pflichtbewußtsein gebiete jedem „national empfindenden“ Wähler, bei den Stichwahlen gegen die Sozialdemokraten und für den Ordnungsländebanden zu stimmen. Zugleich wurden die vorher mit Schimpf überschütteten Zentrumsmänner aufgefordert, in jedem Falle dort, wo ein Sozialist mit einem Nationalliberalen in die Stichwahl komme, für den letzteren zu stimmen. Die es um dieses vielgerühmte Pflichtbewußtsein bei den eigenen Politikern des Nationalliberalismus bestellt ist, zeigt nachstehender Rachebericht der „Rhein-Westf. Ztg.“ über den Verlust Duisburgs:

„Alles das wäre zu ertragen, doch das schlimmste, tiefbedauerliche dieses Wahlkampfes ist, daß die sittlich und politisch notwendigen Rache ausbleibt, und daß die Wahlkreise Düsseldorf und Köln trotz der schwarz-roten Verbrüderung in allen anderen Wahlkreisen von den Nationalen dem Zentrum überlassen wurden. Wenn der Oberbürgermeister Becker am Tage vor der Wahl feierlich in der alten rheinischen Hansesstadt in die Schranken trat und behauptete, es sei nationale Pflicht gegen Reich und Kaiser, keinen Sozialdemokraten zu wählen, so beweist das nur, daß die Politik zuwille statt des Charakters die Logik verdirbt, denn wenn die Ultramontanen den Sozialdemokraten durch die dünn helfen und in einem Duzend Wahlkreisen als Brüder behandeln, so ist es doch ebenso nationale Pflicht, diesen Bruder der Sozialdemokratie zu bekämpfen, als den Sozialdemokraten selbst.“

Zentrumstatistik.

Das Zentrum fühlt sich fest im Sattel. Die „Köln. Volksztg.“ schreibt:

„Es fragt sich, ob das Zentrum irgendwie Grund hat, über die neugeschaffene Situation traurig zu sein. Wir wissen von dem, was uns die kommende Legislaturperiode des Reichstags bringen wird, nur so viel, daß ein neues Flottengesetz mit erheblichen Neubewilligungen, eine Armeeverstärkung und 50 bis 100 Millionen neue Steuern verlangt werden. Ja, glaubt denn die „Vorzeitung“, daß Zentrum werde sich lehnen zu solchen Diensten drängen? Es kann für uns nichts angenehmeres geben, wie wenn der neue Regierungsbund die Arbeit übernimmt und sowohl die Ausgaben bewilligt als auch die neuen Steuern. Das wird für unsere Wahlausichten pro 1912 sehr vorteilhaft sein.“

Es scheint tatsächlich, als wenn das Zentrum sich vorläufig noch zurückhalten und den Verärgerten zu spielen gedenkt. Es möchte zunächst dem nationalen Bloß überlassen, die größten der Flotten, Heeres- und Kolonialforderungen zu bewilligen, um vor seinen Wählern sagen zu können, nicht seine Bewilligungslust, sondern die der sogen. nationalen Parteien habe die Steuererhöhungen nötig gemacht. Erst, wenn der Freisinn die von ihm geforderte Bewilligungsarbeit geleistet hat, hält es seine Zeit für gekommen.

Als „lustige Geschichte“

aus dem Wahlkampf erzählt das „Berl. Tagebl.“ das Folgende:

In Ostpreußen versammelte ein Gutbesitzer seine Förster und Gutsleute und ver sprach ihnen ein prächtiges Essen, wenn sie sämtlich für den Regierungsländebanden stimmten, und wenn sich keine einzige Stimme für den sozialistischen Kandidaten ergebe. Die Gutsleute und Förster stimmten, wie ihnen geboten war. Trotzdem fand sich ein sozialistischer Wahlzettel in der Urne. Wobhafte Jungen behaupteten, der Gutbesitzer habe ihn selber hineingelegt, um das schöne Essen nicht zahlen zu müssen.

Wenn die Geschichte wahr ist, so hat der Gutbesitzer nicht mehr und nicht weniger begangen als Stimmenkauf, der nach § 100 des Strafgesetzbuches mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft wird; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Passieren wird dem Herrn freilich nichts, denn all den Gutsbesitzern, Grafen, Baronen usw., die in Ostpreußen mit andernorts mit Schnaps und Zigarren Wahlstimmen zu kaufen pflegen, ist auch nie etwas passiert. Aber es zeigt die Moral der Staatsbehörden, daß sie eine solche freche Verhöhnung des Gesetzes nur als „lustige Geschichte“ empfinden, während sie zugleich Kampfkraft von angeblichen sozialdemokratischen Wahlfälschungen fassen.

Die nützlichen Elemente.

Der arbeitswillige Maurer Grasser in Nürnberg hat gegen eine ganze Reihe von Streikenden Anzeigen erstattet, die sich als halslos herausstellten. Unter anderem hatte er auch drei Maurer angezeigt, die ihn nach seiner Behauptung beleidigt und bedroht hätten. Vor Gericht machte er jedoch als Zeuge einen derartigen Eindruck, daß auf Freisprechung erkannt werden mußte. Der Amtsanwalt legte in zwei Fällen Verurteilung ein. In der Verhandlung erschien wiederum Grasser als Kronzeuge, wobei ihm ergab, wie moralisch tief dieser Unternehmertüchling steht. Schon im Korridor des Gerichtsgebäudes stieß er Drohungen gegen den Verteidiger des Angeklagten aus. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß gegen ihn ein Verfahren wegen falscher Anschuldigung und Bedrohung schwebt. Er hat einem Streikenden ohne Grund gedroht, daß er ihm das Messer in den Rücken rammen werde, daß die Gedärme heraushängen“. Auch mit dem Revolver drohte er. Ferner sagte er unter Eid aus, er sei nur zweimal wegen Körperverletzung und einmal wegen Uebertretung der Hauspolizeivorschriften bestraft, während seine Strafliste andwies, daß er 20 mal verurteilt ist. Er erklärte auch unter Eid, daß er noch niemand beleidigt habe, laut Strafliste ist er jedoch dreimal wegen Beleidigung, einmal wegen verleumderischer Beleidigung verurteilt. Die Angeklagten wurden wiederum freigesprochen. Einer der Freigesprochenen hat gegen den Ehrenmann Grasser Anzeige wegen falscher Anschuldigung und Eidesverletzung erstattet.

Wahlausfall in Saarabien.

Nach einmal haben die saarabischen Scharfmacher sich im Besitz ihrer alten Hochburgen behauptet, sie haben Saarbrücken behalten und Neunbüchen dem Zentrum abgenommen, aber ihre Siegesfreude ist eine merklich gedämpfte, der obligate Nachschlag ganz unterblieben und die Hoffnungen für die Zukunft sehr gemindert. Während auf den Werten nach saarabischem Muster durch die Beamten in der schamlosesten Weise Wahlbeeinflussung getrieben wurde, spielte man in den Versammlungen öffentlich den wildliberalen Mann und drängte die Scharfmacher von Ruf ganz in den Hintergrund. Der Scharfmacherhüpfel und Soldling der Großindustriellen, Dr. Alexander Tille wurde in aller Form

besabouiert und von der „liberalen“ Partei abgeschüttelt; auch die Popelius, Köhling, Weisdorf kämpften nur noch im Hintertreffen, während im Vordertreffen zwei Naumannianer, der Oberkreisdirektor Dr. Kaurer und Pfarrer Kold, Vorsitzender der evangelischen Arbeitervereine standen. Diese klagten am letzten Sonntag in einer von fast 2000 Menschen besuchten Versammlung im Stadtsaalbau in Saarbrücken, unter denen sich die saarabischen Scharfmacher befanden, das saarabische System der Unfreiheit der Arbeiter hart an. Dr. Kaurer rief mit stark Moor aus: „Höher wie jede Autorität steht mir die persönliche Freiheit, denn nur in der Freiheit besteht der Mensch“ und hierin ist sehr viel von seinen der Liberalen in unserem Kreise gefündigt worden. Dieser Wahlkampf für Saarbrücken ein Auf nach links werden.“ Pfarrer Kold trat lebhaft ein für die Gewerkschaften und da dürfte kein Unterschied gemacht werden. Ihm stehen die freien Gewerkschaften höher als die christlichen und viele evangelische Arbeiter gehörten ihnen an. Der Arbeitern müsse das volle Koalitionsrecht eingeräumt werden und ein liberaler Mann könne und dürfe niemals seine Stimme zur Bekämpfung der Koalitionsfreiheit hergeben. Es sei eine Schmach für einen sich liberal nennenden Unternehmer, einen Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, ganz gleich zu welcher, zu entlassen und wolle sich der Liberalismus in Saarabien eine Zukunft sichern, so müßten die Unternehmer mit ihrem bisherigen, längst überlebten Standpunkt brechen und den Verhältnissen der Zeit Rechnung tragen. Genosse Leimpeters sprach unter gespannter Aufmerksamkeit über eine Stunde und hielt dem saarabischen „Liberalismus“ seine Sünden vor. Nach herrscht der Geist Stumm und der Scharfmacher vor und sei die herrschende Richtung mehr freikonfessionell als liberal. Und tausend andere würde es freuen, wenn der „Auf nach links“ komme und damit die persönliche Freiheit der Arbeiterschaft gesichert würde. Der „christliche“ Gewerkschaftsführer Gutschke trat lebhaft für Volz ein, dessen Haltung in Gewerkschaftsfragen voll auf den „christlichen“ Gewerkschaften genüge. Daß er sein Versprechen halte, dafür bürgte er (Gutschke) seinen Kameraden.

Im Neunkirchner Kreis wurde den Arbeitern angefündigt, wenn Erzengel v. Schubert nicht gewählt würde, könnten die Arbeiter mit 20 Mark weniger Lohn alle 14 Tage nach Hause gehen. Auch hier fuhr der „christliche“ Gutschke mit Herrn Schubert zusammen im „Auto“ und forderte die „christlichen“ Arbeiter auf, Seine Erzengel zu wählen. Herr Schuberts Gewerkschaftsfreundlichkeit sei über jeden Zweifel erhaben, sagte Herr Gutschke, während vor kaum 14 Tagen erst noch S. Kaurer auf dem Stummischen Werk, dessen Mitinhaber Herr Schubert heute ist, wegen ihrer Zugehörigkeit zu ihrer Organisation gemahregelt worden sind. Gleichzeitig gab Herr Gutschke, christlicher Gewerkschaftsführer für Saarabien, ein Flugblatt für beide Kreise heraus, in dem die „christlich“ organisierten Arbeiter aufgefordert wurden, die Scharfmacher zu wählen! Die Flugblätter wurden in der Druckerei des Stummischen Schleiffens gedruckt. Aber nicht nur der „christliche“ Gutschke allein wandte sich zu einer solchen „Selbstent“ auf, sondern ein anderer „christlicher“ Gewerkschaftsführer, der dem Zentrum angehörte, erklärte unseren Genossen gegenüber öffentlich, daß er den Sieg des Zentrums nicht wünsche, weil dann die Grubendirektion diesen Sieg als einen Erfolg der „christlichen“ Gewerkschaften betrachten und sie verfolgen würde. Dadurch könnten dem „christlichen“ Gewerkschaftsbereich tausend und noch mehr Mitglieder verloren gehen und jodelt sei ihm die Zentrumsparthei nicht wert!

Diese an Partei- und Arbeitererrat grenzende Stellung der „christlichen“ Gewerkschaftsführer erwiderte unseren Genossen das Eintreten für das Zentrum ungeheuer und da auch noch die Mitteilung eintraf, daß die „christlichen“ Gewerkschaften in Vöckum gegen Volz und das Zentrum in Eberfeld gegen Kollenbührer stimmen würde, beschlossen sie für Saarbrücken Stimmhaltung, für Neunkirchen Eintreten für den Zentrumslandebanden Dr. Marx. Leider hat unser Eintreten es nicht vermocht, Herrn Marx zum Siege zu verhelfen, weil die destruktive Tätigkeit der „christlichen“ dem General mehr Stimmen zugeführt hat, als wir Marx geben konnten. In Saarbrücken hat Volz mit nur 1400 Stimmen Mehrheit geiegt, so daß er mit unserer Hilfe hätte gefügt werden können. Zwar ist die Wahlbeteiligung in der Stichwahl, trotz unserer Enthaltung, stärker gewesen, als in der Hauptwahl, so daß man annimmt, daß unsere Genossen auf dem Lande und in abhängiger Stellung dennoch gewählt haben, um nicht in der Wahlliste als Nichtwähler zu prangen und sich dadurch als Sozialdemokrat zu veraten. Dann hat das Zentrum noch am Wahltag durch Extratelegramm die Wahlenthaltung der Zentrumsparthei für Vöckum mitgeteilt und dadurch noch manchen Genossen zum Wählen veranlaßt. Hätte das Zentrum von vornherein eine klare Stellung eingenommen und die „christlichen“ Gewerkschaftler diese schiefe zweideutige Rolle nicht gespielt, dann würde die liberale Hochburg diesmal schon gestürzt worden sein, und wenn es nicht geschah, mag das Zentrum nicht und anfragen, sondern die christlichen Gewerkschaftsführer. Das wissen auch die leichten Personen der dortigen Zentrumsparthei, aber sie wollen es öffentlich nicht eingestehen und suchen vielmehr die Schuld auf unsere Genossen abzuwälzen, aber alles Geschreibsel kann den „christlichen“ Parteiberat nicht fortweisen und das Zentrum wird sich schon damit abfinden müssen.

In Brandenburg wie in Ostpreußen.

Aus dem Wahlkreis Guben-Lübben schreibt man uns: Zu dem Artikel „Die geheime Wahl in Ostpreußen“ ist zu bemerken, daß es in den ländlichen Wahllokalen des Wahlkreises Guben-Lübben nicht um ein Haar anders gewesen ist. In einer Wahlurne waren sogar drei Stimmen mehr als überhaupt Wähler vorhanden waren!

Der Vogel aber in der Wahlurne ist in Tauer, Kreis Cottbus, abgeschossen worden.

Am Stichwahltag waren von Guben zwei Genossen als Stimmzettler nach Tauer gegangen. Nachmittags in der dritten Stunde hörten sie Tauer in Tauer. Die Genossen glaubten, es sei Feuer ausgebrochen; sie wurden aber vom Wahlvorsteher eines besseren belehrt. Er sagte freundlich lächelnd: „Leht kommen unsere Wähler!“ Nach kurzer Zeit kam der Kriegereverein mit Musik und der alten Fahne und Gemeinen die Dorfstraße herabmarschiert, um vom anderen Ende des Dorfes die neue Fahne zu holen. Dann ging's mit Pauken und Trompeten vor das Wahllokal. Vor dem Wahllokal wurde in Sektionen eingeteilt, die Gewehre wurden zusammengesetzt und Sären befohlen. Dann kommandierte der Hauptling: „Auf, Kameraden, zur Wahl! Wir wählen Diefen!“ Nun ging's vom rechten Flügel ab ins Wahllokal, dann an die Verteilung des vorhandenen Alkohols. Während dieser ganzen Zeit spielte vor dem Wahllokal die Musik.

Während des Aufzuges war der gesamte Wahlvorstand im Hausflur und vor der Tür.

Abgegeben wurden 179 Stimmzettel für v. Diefen und einer für Dr. Bernstein.

Afrika-Expedition. Daß nach dem für die günstigen Wahlausfall die Regierung die Kolonialerwerbungspolitik auf größerer Basis betreiben werde, war voranzusehen. Vorläufig scheint sie ersuchen lassen zu wollen, wo noch „Plätze an der Sonne“ vorhanden sind, deren Eingliederung in den deutschen Kolonialbesitz sich vielleicht lohnen könnte. Wie aus Schwerin gemeldet wird, tritt im Mai d. J. Herzog Adolf Friedrich, Major im zweiten Garde- Dragonerregiment, von Deutsch-Ostafrika aus eine Durchquerung Afrikas an. Die Kosten der zweijährigen Expedition, auf welcher der Herzog von Männern der Wissenschaft begleitet sein wird, werden zum Teil vom Reich getragen.

Es gibt noch Demokraten in Deutschland. Der „nationale“ Rausch hat in Nürnberg, wo namentlich der Freisinn die „nationale“ Phrase bis zum Ekel kultiviert und in Wilhelms-Begeisterung die Nationalliberalen bedeutend übertrumpfte, eine

merkwürdige Folge gezeitigt. In weiten Kreisen des Kleinbürgertums, dessen wirklich radikal gefinnnte Elemente sich durch das Gebaren der Wladpartei, besonders des Freisinn und der Deutschen Volkspartei, durch die Verbindung mit allen möglichen reaktionären Elementen und den schändlichen Verrat aller freisinnigen und demokratischen Prinzipien abgestoßen fühlen, herrscht eine dumpfe Gärung. Schon werden Schritte getan zur Gründung einer „radikal-demokratischen bürgerlichen Linken“. Ein Programm wurde bereits aufgestellt, nächste Woche soll ein großer Aufruf erscheinen. Ob das neue Parteigebilde irgendwelche Rolle spielen wird, läßt sich noch nicht sagen, aber immerhin ist dieser Vorgang symptomatisch als erstes Anzeichen einer Reaktion gegen den Kolonialrausch des „liberalen“ Bürgertums.

Bayerische Justiz. Vom Schöffengericht Nürnberg war ein Arbeiter wegen Beleidigung eines Streikbrechers zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Diese Strafe hatte der Amtsanwalt selbst beantragt, trotzdem legte er zur allgemeinen Verwunderung gegen das von ihm selbst beantragte Strafmaß Verurteilung ein, er wollte jetzt den Sünder zu Gefängnis verurteilt wissen. Das Landgericht erlachte zwar auf Verwertung der Verurteilung, lehnte es aber ab, der Staatskasse die Kosten der Verteidigung aufzubürden, weil nach der einfachen Sachlage der Angeklagte keinen Anwalt gebraucht hätte. Die Wege der bayerischen Justiz sind wunderbar!

Zwei Urteile. Vom Nürnberger Schöffengericht wurde ein Arbeiter zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Bei den Anwälten in der Regensburgerstraße hatte er, als er in einer Wirtschaft zum Fenster hinaus sah und bemerkte, wie die Polizei auf Wehrlose mit dem Säbel einhieb, in der Erregung eine Polzeiung getan, die als Polizeibeleidigung aufgefaßt wurde. Der Mann erhielt damals auch einige jäwvere Säbelhiebe, die sämtlich den Hinterkopf trafen. Die Polizisten, die das getan haben, wurden „nicht ermittelt“.

Kast zur gleichen Zeit wurde in einem anderen Saale des Nürnberger Gerichtsgebäudes gegen zwei Angehörige der „goldenen Jugend“, die Medizinstudenten Belsin und Peto, wegen gemeingefährlichen Vergehens verhandelt. Die beiden Rufensöhne haben, als sie nachts von einer Kneiperei heimkehrten, auf einer Haltestelle der Lokalbahn Erlangen-Gräfenberg einen auf dem Nebengleise stehenden beladenen Güterwagen abgepöppelt und fortgeschoben, so daß er 180 Meter weit lief und auf dem Hauptgleise stehen blieb. Wenn er nicht kurz vor der Einfahrt eines Zuges von einem Stationsbediensteten bemerkt worden wäre, hätte ein folgenschwerer Eisenbahnunfall entziehen können. Für diesen Unbesinnlichkeit erhielten die beiden je 25 R. Geldstrafe. Kommentar überflüssig!

Ausland.

Oesterreich.

Die Neuwahlen, die ersten unter dem neuen Wahlgesetz, sind für die erste Hälfte des Monats Mai in Aussicht genommen; die Ausschreibung soll Mitte Februar erfolgen. Die Verspätung wird mit dem umfangreichen Vorarbeiten begründet, die sich bei der Durchführung der Wahlen auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts notwendig machten. Die Gemeinden, insbesondere solche, die über keinen größeren Verwaltungssapparat verfügen, könnten, so heißt es, die notwendigen Arbeiten in einem längeren Zeitraum nicht bewältigen.

Frankreich.

Die „Ruffendebatte“ wurde gestern (Freitag) in der Deputiertenkammer weitergeführt. Wolffs Telegraphen-Bureau meldet darüber folgendes:

Bei der Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen über die Finanzoperationen behauptet Wilm (Soz.), Rußland biete seinen Gläubigern keinerlei Sicherheit. Minister des Reichens Bichon will hiergegen Einspruch erheben, wird aber von seinen Kameraden zurückgehalten. Wilm spricht über das innere Regime Rußlands (Beifall auf der äußersten Linken, Widerspruch rechts und im Zentrum). Als Wilm dann von den blutigen Vorgängen in Rußland spricht, macht sich Unruhe im Hause bemerkbar. Minister des Reichens Bichon erhebt Einspruch dagegen, daß das Parlament sich in die innere Politik eines anderen Landes mische. — (Behälter Beifall.) Auf die weitere Bemerkung Bichons, er erlaube seine Pflicht, die alle Mitglieder der Kammer erfüllen sollten, ertönt von neuem auf allen Bänken des Hauses, die der Sozialisten angenommen, Beifall. Wilm schließt dann seine Ausführungen und sagt: die neue russische Anleihe sei eine wahre Gefahr für die französischen Sparer.

Zaurès führte aus: Man brauche sich über den Rückgang der französischen Rente nicht zu beunruhigen. Anlaß zur Beunruhigung böden nur die Manöver, die einen weiteren Rückgang der Rente bezweckten, um das Werk des Parlamentes zu bekämpfen. (Zustimmung auf vielen Bänken. Finanzminister Cailloux ruft dem Redner beifällige Worte zu.) Zaurès fährt fort und sagt: Er seinerseits bekämpfe nicht systematisch die Anlage von Kapital im Auslande. Er billige Bichons Einspruch gegen eine offizielle Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Landes; er halte es aber für ein gutes Recht aller Parteien, sich frei über die inneren Zustände eines Landes zu äußern, in dem Frankreich große Interessen habe. Er wolle nicht sagen, daß Rußland eine lebensgefährliche Krise durchmache, Rußland werde aber untergehen, wenn es nicht eine vom Volke kontrollierte Regierung habe. „Die Verantwortlichkeit“, sagt der Redner, „wird auf die Selbstherrschast und auf Sie fallen.“ Minister Bichon sagt: „Sie sind von großer Verehrbarkeit, Sie glauben aber nichts von dem, was Sie sagen.“

Briand's Friedensschmalerei.

Paris, 8. Februar. (Fig. Ver.)

Die Republik fährt — darüber ist gar kein Zweifel mehr möglich — mit vollen Segeln in den Hafen des kirchlich-politischen Friedens ein. Briand hat das Angebot der Bischöfe, das Clémenceau „mit einem Fußtritt“ beiseite zu werfen, behutlich aufgehoben, sein läubertlich auch vom Altentand der vatikanischen Diplomatenkanzlei genehmigt und es mit ein paar höflichen Vorbehalten angenommen. Die Verdunstung darüber ist bei den Sangkerikalen und bei den Friedenslern gleich groß. Sie glaubten dem Krachen der Kanonen, und siehe da! auf einmal sehen sie sich in die sonnigste Friedenslandschaft versetzt.

Briand's Zirkular an die Prälaten entspricht in allem Wesentlichen dem Ultimatum der Bischöfe. Die Pfarrer sollen die unentgeltliche Verwertung der Kirchen haben, sie sollen sie sich vertragmäßig bis auf die Dauer von achtzehn Jahren sichern können, sie dürfen sich im Vertragsdokumente auf die bischöfliche Zustimmung berufen und so die zumindest passive Anerkennung der kirchlichen Hierarchie zum Ausdruck bringen. Als Gegenkonzeption verlangt Briand, daß die Pfarrer die Unterhaltungskosten für die Kirchen übernehmen, daß sie sich mit der Einkünfte des Pachtvertrages auf ihre Person begnügen, ohne seine Ausdehnung auf ihre Nachfolger zu ordern, und daß sie gütig auch den Gemeinderäten erlauben, beim Abschluß der Pachtverträge mitzuwirken.

Das Entgegenkommen des Kultusministers ist so unerkennbar, daß die beim Erzbischof versammelten Pariser Pfarrer gestern schon ausgesprochen haben, die Fortdauer des öffentlichen Gottesdienstes sei nunmehr gesichert. Es ist kein Zweifel, daß der Aleris von der Forderung, daß die Pachtverträge von allen Bürgermeistern und gleichzeitig abgeschlossen werden müßten, Abstand nehmen wird, da er die großen Vorteile, die ihm das Zugeständnis der Regierung bietet, wegen des wahrscheinlich Widerstandes mancher antiklerikalen Gemeinden nicht preisgeben wollen wird. Diese können zum Vertragsabschluß nicht gezwungen werden, aber sie werden die Kirchen zur Verfügung des Kultusministers lassen müssen, der allerdings keine rechtlichen Verfügungen über sie treffen kann.

Im Grunde gilt auch bei diesem Ausgleich das Wort: „Weder Sieger, noch Besiegter“. Es ist die Würdigkeit beider Streiter, die zum Frieden drängt. Die Kirche hat sicherlich eine große, sowohl materielle als moralische Einbuße erlitten, aber schließlich hat sie die Republikaner, die am Anfang des Kampfes unzweifelhaft antikirchliche Projekte hatten, gezwungen, sich mit einer bis zu Konfessionen gehenden Neutralität zu begnügen.

Paris, 8. Februar. (B. L. Z.) Privatdepeschen mehrerer Blätter aus Rom bestätigen, daß der Briand'sche Gesandtschaftsbericht über die Auslieferung der Kirchen im Vatikan als unannehmbar bezeichnet werde. Der hierauf bezügliche Artikel des „Osservatore Romano“ gebe durchaus der Ansicht des Papstes und des Kardinalstaatssekretärs Ausdruck. —

Das Proportional-Wahlrecht.

Paris, 7. Februar. Das Komitee für Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes sprach sich für Einführung einer Departementslistenwahl unter Zugrundelegung des Proportional-Systems aus. Auf je 25000 Wähler soll ein Abgeordneter entfallen. Falls die Zahl der Abgeordneten für ein Departement 10 übersteigt, soll das Departement geteilt werden. —

England.

Gegen die Lords!

London, 8. Februar. Der Generallstaatsanwalt Sir J. Lawson Dalton sprach gestern Abend in Leeds über die Oberhausfrage. Er führte dabei aus, daß die Liberalen ein ernstes und schwieriges Werk begännen, das eine vollständige Umwälzung bedeute und zwei oder drei Auflösungen des Parlamentes zur Folge haben könnte! „Das Haus der Lords stände mit den modernen demokratischen Einrichtungen gar nicht mehr im Einklang und müßte verschwinden. Es sei unmöglich vorherzusagen, ob, und, wenn ja, in welcher Form sich etwas vom Hause der Lords erhalten lasse. Die Regierung würde sich bemühen, den Willen des Volkes auszuführen durch Gesetzesentwürfe, die die Peers sofort ablehnen würden. Das würde zu einem Bündnis zwischen Krone und Volk führen zur Niederwerfung der Aristokratie. —

Schweden.

Ischermial, über dessen auf Ersuchen der russischen Regierung erfolgte Festnahme wir in der letzten Donnerstagnummer berichteten, wurde von der schwedischen Regierung am Donnerstag auf freien Fuß gesetzt und ist bereits ins Ausland gegangen.

Die schwedische Regierung hatte gegenüber dem russischen Auslieferungsgesuchen die Gegenforderung gestellt, daß Ischermial nicht vor ein Kriegsgericht, sondern vor ein Zivilgericht gestellt und nur wegen desjenigen Verbrechens abgeurteilt werde, wegen dessen seine Auslieferung verlangt sei. Der russische Gesandte teilte darauf mit, daß die russische Regierung auf Grund der russischen Gesetze nicht in der Lage sei, den Voraussetzungen nachzukommen, welche die schwedische Regierung für die Auslieferung Ischermials gestellt habe. Infolgedessen beschloß die schwedische Regierung, dem Ersuchen der russischen Regierung auf Auslieferung Ischermials nicht nachzukommen und ordnete an, daß Ischermial baldmöglichst freigelassen werden soll. Sie ordnete ferner an, daß Ischermial innerhalb 24 Stunden nach seiner Freilassung das Land zu verlassen hat.

Damit erübrigt sich für die schwedische Regierung die Beantwortung der Interpellation, die unser Genosse Branting zur Ischermial-Affäre in der Kammer eingebracht hat. Das kleine Schweden hat sich bei dieser Angelegenheit so benommen, daß es mandem großen Staate — Deutschland nicht in letzter Linie — zum Muster gereichen könnte. —

Gewerkschaftliches.

Der Geldsack „über Lopp“.

Eine neue Scharfmacher-Organisation ist in Berlin im Hotel Continental gegründet worden, ein „Zentralverein deutscher Reederei“. Circa 50 Vertreter fast aller deutscher Reedereien aus Hamburg, Bremen, Lübeck, Kiel, Flensburg, Rostock, Stettin, Danzig, Königsberg usw. waren erschienen. Die großen Reedereien, wie die Hamburg-Amerika-Linie, der Norddeutsche Lloyd in Bremen und andere hatten mehrere Vertreter entsendet. Auch Generaldirektor Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie wohnte den Verhandlungen bei. Verschiedene Reedereien, die nicht vertreten waren, hatten ihre Zustimmung zu der Vereinsgründung schon vorher kundgegeben.

Die Vorarbeiten zu der Schaffung dieses Zentralvereins sind schon lange im Gange. Sie sind durch den letzten Streit zwischen den Reedereien und dem Verein der Offiziere für Handelsmarine rascher als man vorausgesehen hatte, zum Abschluß gebracht worden. Schon in diesem Streite hatten sich fast alle deutschen Reedereien solidarisch erklärt. Zugleich wurde aber von Generaldirektor Ballin die Gründung eines Vereins für die höheren Angestellten der Handelsmarine angeregt und auch ins Leben gerufen. Die erste Generalversammlung des Zentralvereins deutscher Reederei beschäftigte sich nur mit internen Angelegenheiten, mit Beschlußfassungen über die Satzungen und Festlegung der Ziele des Verbandes. Eine im November vorigen Jahres gewählte Kommission hatte bereits die vorbereitenden Schritte getan. Danach sucht der Verein seine Aufgabe besonders darin:

1. die Arbeitsverhältnisse und die Arbeitsnachweise für Seeleute und Hafenbetriebe zu regeln;
2. gemeinsam die Lohn- und sonstigen Arbeiterfragen zu bearbeiten. In allen diesen Fragen soll den Mitgliedern Rechtsschutz gewährt werden.

Ferner will der Verein Mittel sammeln, um bei sozialen Kämpfen gerüstet zu sein. Auch erstrebt er Abschluß von Vereinbarungen mit anderen Vereinigungen und den Anschluß an solche zur wirksamen Durchführung der Vereinszwecke.

Der Zentralverein soll seinen Sitz in Hamburg haben, wo er auch gerichtlich eingetragen werden soll. Als Mitglied kann sich ihm jeder deutsche Reederei, jede deutsche Reederei oder Schiffahrtsgesellschaft anschließen. Auch können unter gewissen Voraussetzungen Schiffsmänner und Schiffskapitäne, die in Deutschland ansässig sind, als Mitglieder aufgenommen werden. Sie zahlen pro Firma einen Jahresbeitrag von 100 M. Die jährliche Beitragspflicht der anderen ordentlichen Mitglieder soll 15 Pf. pro Brutto-Registertonne ihrer Tonnage an Dampfmaschinen und Seeleutern und 5 Pf. pro Brutto-Registertonne ihrer Segeltonnage betragen. Der Verein wird also vermutlich bald mit riesigen Mitteln arbeiten. Denn bei diesem Sage hat allein die Hamburg-Amerika-Linie nicht weniger als 120 000 M. Jahresbeitrag zu leisten. — Sollten die Beiträge dennoch nicht zur Deckung der Vereinsbedürfnisse ausreichen, so können noch weitere Geldsummen durch Beschluß der Generalversammlung als Umlagen erhoben werden. Die Umlage soll aber die Höhe des Jahresbeitrages nicht überschreiten.

Der Vorstand besteht aus acht Personen, von denen je zwei im Elbgebiete und im Weser-Emis-Gebiete an-

zweifeln müssen und eine in Kiel, Flensburg oder Apenrade, ferner eine in Lübeck, Wismar oder Rostock, eine in Stettin und eine in Danzig oder Königsberg. Für jedes Vorstandsmitglied wird ein Ersatzmann erwählt. Der Vorstand soll beschlußfähig sein, wenn mindestens je ein Mitglied von der Elbe oder Weser-Emis und zwei Mitglieder von der Ostsee anwesend sind.

Der Verein will gegenüber den Bestrebungen der Schiffsoffiziere und der Schiffsmannschaft stets gewappnet sein und durch Unterstützung der Mitglieder soziale Streitigkeiten wirkungslos machen. Da sich ihm alle großen Reedereien angeschlossen haben, wird er sicherlich bald in den wirtschaftlichen Kämpfen der Neuzeit eine große Rolle spielen.

Doch mögen die Herren sich ja nicht einbilden, mit der Organisation der seemannischen Arbeiter so bequem fertig zu werden, wie mit der ihrer Herren Offiziere. Wenn den Seeleuten leider durch Gesetz auch nicht die Bewegungsfreiheit gegeben ist, wie den industriellen Arbeitern, so werden sie im Rahmen dieses Gesetzes doch vermögen, den Herren einigen Respekt abzuwinden. Den noch nicht organisierten Seeleuten erwächst die Pflicht, sich nun erst recht der Organisation, dem Seemannsverbande, anzuschließen und nicht eher zu ruhen, als bis das Zeichen des neuen Scharfmacherverbandes, des Standes mit dem Geldsack, wieder vom Lopp verschwindet!

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Immer kleiner wird die Zahl der Arbeiter, welche jetzt noch entlassen werden, um als Ausgesperrte gelten zu können. Am letzten Dienstag waren es 35 und am Mittwoch und Donnerstag zusammen 65. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Unternehmerorgane ist also der Höhepunkt ihres Angriffes überschritten und selbst die größten Bemühungen, der Aussperrung einen weiteren Umfang zu geben, bleiben erfolglos. — Wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ in ihrer neuesten Nummer mitteilt, haben die Unternehmerverbände beschlossen, ihren Mitgliedern, die den Beschlüssen der Generalversammlung nicht nachgekommen sind, das Ultimatum zu stellen, binnen drei Tagen alle Mitglieder des Holzarbeiterverbandes zu entlassen. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ sagt dazu: „Mit diesem Ultimatum wird uns bestätigt, daß die ganze Aussperrungsaktion bisher ein Schlag ins Wasser war. Mancher Unternehmer wird übrigens erleichtert aufatmen, wenn er durch den Ausschluß aus der Unternehmerorganisation von jeder Aussperrungsverpflichtung befreit und damit vor sicherem Untergange bewahrt wird.“

Das Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsblatt „Eiche“ sowie die „Nachzeitung“ der Tischlermeister hatten ein ihnen in die Hände gefallenes Zirkular des Hauptvorstandes des Deutschen Holzarbeiterverbandes veröffentlicht, worin die Zahlstellenverwaltungen des Verbandes ersucht werden, die von ihnen geplanten Lohnbewegungen zugunsten des Kampfes in Berlin zurückzustellen. Gewerkschafts- und Unternehmerorgane wiesen triumphierend auf dies Zirkular hin und redeten ihren Lesern ein, daselbe sei ein Zeichen der Schwäche des Holzarbeiterverbandes. Auch einen Gegenstand zwischen dem Hauptvorstande und der Berliner Verwaltung des Holzarbeiterverbandes glaubten die genannten Organe aus dem Zirkular herauslesen zu können. Uebrigens ist dies Zirkular auch in dem von uns kritisierten Artikel der „Voss. Ztg.“ ausgeschaltet worden. — Die „Holzarbeiter-Zeitung“ nimmt auf die bezeichnete Veröffentlichung des Zirkulars Bezug und sagt dazu:

Die Verwunderung über dieses Zirkular berührt uns geradezu komisch. Anderen Herren Hirsch-Dunderschen und Scharfmacherischen Segnern scheint es ganz unbegründlich zu sein, daß man in einer gewerkschaftlichen Organisation immer und immer wieder und besonders in Zeiten einer hochgehenden Bewegung auf strengste Einhaltung gewerkschaftlicher Disziplin dringt, und daß man bei großen Kämpfen auf Einschränkung der sonstigen Bewegung hinwirft. Nichts anderes hat unser Vorstand in dem veröffentlichten Zirkular getan. Das Zirkular hat auch den Erfolg gehabt, daß alle größeren Bewegungen für das laufende Jahr eingeschränkt worden sind, so daß wir uns gründlich und in aller Gemütsruhe mit dem Arbeitgeberverband in Berlin und in allen jenen Orten, wo er noch Vertragsbruch begehen sollte, auseinandersetzen können.“

Ein Geständnis des Herrn Kahardt!

In einer Versammlung der Tischlermeister gab Herr Kahardt die Zahl der Ausgesperrten auf 12 210 an. Die Differenz zwischen den Zahlen der Unternehmer und der Arbeiterkontrolle führt er hauptsächlich darauf zurück, daß die Arbeiter die seit dem 14. Januar Arbeitslosen, die Unternehmer aber die seit Weihnachten entlassenen Arbeiter zu den Ausgesperrten zählten. Die Hauptursache der Differenz liegt bekanntlich darin, daß die Unternehmer die Ziffer der bei den aussperrnden Firmen vor der Aussperrung beschäftigt gewesen, die Arbeiter die der davon wirklich entlassenen Arbeiter zählten. Die Differenz zwischen beiden Ziffern ist die Zahl der Arbeiter, die trotz des Aussperrungsbeschlusses von den Mitgliedern der Unternehmerorganisation noch weiter beschäftigt werden. In den Ausführungen des Herrn Kahardt ist aber das Zugeständnis interessant, daß die Unternehmer ihre Aussperrung schon zu Weihnachten, drei Wochen vor Ablauf des Tarifjahres (1), begannen. Dieses offene Eingeständnis des Tarifbruchs wird man sich merken müssen!

Der Verband der Berliner Holzhandwerker hat den terroristischen Beschluß gefaßt, den Tischlermeistern, welche ihre Gesellen nicht unter Tarifbruch auf die Straße warfen, während der Aussperrung keine Ware zu liefern. Hauptsächlich schalten die in Frage kommenden Tischlermeister — es befinden sich darunter recht kapitalkräftige Firmen — die Mitglieder des Verbandes der Holzhandwerker künftig von ihren Lieferungen aus.

Die Drahtarbeiter (Metallarbeiterverband) haben, wie bereits berichtet wurde, ihren am 1. April d. J. ablaufenden Tarifvertrag gekündigt. In einer gut besuchten Branchenversammlung am Mittwoch nahmen sie nun Stellung zu den neuen Forderungen, die den Arbeitgebern unterbreitet werden sollen. Von der Agitationskommission und den Vertrauensleuten war zu diesem Zweck ein Tarifentwurf ausgearbeitet worden, der eine 10—15 prozentige Lohnerhöhung der einzelnen Affordpositionen vorsieht. Es wird auch gefordert, einen Teil der bisherigen Affordarbeiten zukünftig nur in Lohn zu machen. Die Arbeitszeit soll von 9 auf 8½ Stunden verkürzt werden. Für Hilfsarbeiter wird ein Mindestlohn von 45 Pf. pro Stunde, und für jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren ein solcher von 30 Pf. verlangt. Arbeiterrinnen sollen während der ersten sechs Wochen 27½ Pf., nach weiteren sechs Wochen 30 Pf. Stundenlohn. Ueber der üblichen Zulage für Überstunden und einer entsprechenden Erhöhung der Löhne für diejenigen Arbeiter, welche die geforderten Lohnsätze bereits erreicht haben, soll auch eine zeitgemäße Regelung des Bekleidungsbedarfes vorgesehen werden. Nach längerer Debatte gab die Versammlung diesem Tarifentwurf ihre Zustimmung und beauftragte die Branchenleitung, dieselbe Verhandlungen mit den Arbeitgebern anzubahnen.

Die Berliner Photographengehülften und Gehülftinnen erstreben die Schaffung eines Tarifgesetzes, das nach ihren Wünschen von der Organisation der Photographen abzuschließen wäre. Zu diesem Zwecke hat sich ihre Organisationsleitung an die Berliner Cheforganisation, den „Photographischen Verein“ gewandt. In einem Schreiben verweist man darauf, daß beabsichtigt werde, mit den Warenhausbesitzern und sonstigen Großhändlern in Verhandlung zu treten, um tarifliche Abmachungen vorzubereiten, und daß

für die Portraitphotographen (die dem „Photographen-Verein“ angehören) gerade jetzt Tarifverhandlungen auch von Vorteil sein könnten. Die Beantwortung wurde seitens des Chefvereins zunächst aufgeschoben, und zwar mit Rücksicht auf eine Delegiertenversammlung (Generalversammlung) des Zentralverbandes der selbständigen Photographen, die Ende Januar in Berlin tagt. Jetzt ist nun, wie in der gutbesuchten öffentlichen Versammlung der Gehülften und Gehülftinnen am Donnerstag mitgeteilt wurde, die Antwort eingegangen. Sie ist ablehnend und geht dahin:

„In Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Delegiertenversammlung des Verbandes am 30. und 31. Januar sind wir (der Vorstand) nicht in der Lage, mit Ihnen in Tarifverhandlungen einzutreten, da wie Ihren Verband (der Photographengehülften und Gehülftinnen Deutschlands) in seiner jetzigen Zusammenfassung nicht als Vertretung der Gehülftenschaft ansehen können.“

Diese Antwort wurde mit Entrüstung aufgenommen. Es wurde auch von verschiedenen Seiten bezweifelt, daß überhaupt Beschüsse der Delegiertenversammlung der Unternehmervereine Deutschlands gefaßt seien, auf die sich der Berliner Chefverein stützen könne, zumal Erklärungen der Leiter von Arbeitgebervereinen aus München und Dresden vorliegen, wonach man dort zu Tarifverhandlungen bereit ist. Festgestellt wurde übrigens im Laufe der Versammlung von eingeweihter Seite, daß im Berliner Chefverein neben tariffeindlichen auch tariffreundliche Gruppen bestehen. Man betonte mehrfach, daß die organisierten Gehülften und Gehülftinnen im gegenwärtigen Moment schon auf dem Posten sein würden, ihren Wünschen Nachdruck zu verleihen. Jeder müsse auf Stärkung der Organisation bedacht sein. — Vorerst werden von den Photographengehülften und Gehülftinnen in Warenhäusern und anderen Großbetrieben positive Vorschläge zur besseren Regelung der Arbeitsbedingungen unterbreitet werden, die als Grundlage für Verhandlungen dienen sollen. Die Gehülften dieser Betriebe nehmen dazu am Dienstag, den 12. Februar, in den Industriefällen in der Beuthstraße, Stellung.

Deutsches Reich.

Sämtliche Kohlenarbeiter Münchens traten in den Ausstand.

Die Streikenden verlangen Erhöhung des Tagelohnes von 3,60 auf 3,80 M. Bezeichnend ist wieder das Verhalten der „Christlichen“. Den Unternehmern wurde vom Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband ein Tarifentwurf unterbreitet, der einen Tagelohn von 3,80 M. enthielt. Als die „Christlichen“ davon Kenntnis bekamen, traten sie mit dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes, dem von der letzten Metallarbeiteraussperrung her seitens bekannten Scharfmacher Dr. Kuhl in Verbindung und schlossen mit diesem auf der Basis eines Tageslohnes von 3,50 M. und zwar hinter dem Rücken des Handels- und Transportarbeiterverbandes, einen Tarif ab. Dieser Tarif sollte für die gesamten Münchener Kohlenfirmen Geltung haben, den modernen organisierten Arbeitern also aufkotriert werden, obgleich von den Kohlenarbeitern noch nicht einmal ein Zehntel bei den „Christlichen“ organisiert sind. Ein derartiges unterschämtes Verhalten beantworteten die Kohlenarbeiter mit einem allgemeinen Ausstand. Ihrem sachlichen Verhalten sehen die „Christlichen“ dadurch die Krone auf, daß sie für die Unternehmer in ganz Bayern Streikbrecher suchen. Als dies mißlang, suchte diese christliche Sippschaft ihren Arbeiterverrat dadurch zu beschönigen, daß sie dem Handels- und Transportarbeiterverband durch Malafidenschlag — Tarifbruch zum Vorwurf macht. Der Streik hat bereits einen derartigen Umfang angenommen, daß sich seine Folgen schwer bemerkbar machen. Die Fuhrleute bei den Spedituren weigern sich nämlich, Streikarbeit zu verrichten, so daß sich für viele Betriebe die Kohlennot empfindlich bemerkbar macht. Sollte der Streik noch längere Zeit andauern, so müßten unter anderem die Volksspeisehallen ihren Betrieb einstellen. Die Verantwortlichen haben dann die Christlichen zu tragen, denn die freie Gewerkschaft ist unter keinen Umständen genehmigt, sich von einer Handvoll Christlichen behormunden zu lassen. — Zuzug von Kohlenarbeitern nach München ist strengstens fernzuhalten.

Ausland.

Zu den Aussperrungen in Loba.

Der „Verband der Fabrikanten“ hat den von der „Gesellschaft für polnische Kultur“ vorgeschlagenen Ausweg, die Entscheidung in dem Streit mit den Arbeitern einem Schiedsgericht zu übertragen, abgelehnt und dadurch in allen Schichten der Bevölkerung starke Entrüstung erregt. Die Initiatoren der Aussperrungen sind aber noch dem Auspruch des Herrn Podnanski voller Glauben an die gewaltige Kraft des Hungers und an ihren endgültigen Sieg. Trotz der unerhörtesten Not, trotz Hunger und Kälte halten sich die Arbeiter tapfer weiter. Gleich Schalten ihnen die erschöpften Menschen durch die Straßen. Die Unterstützung, welche von den Arbeitern der anderen Fabriken erwiesen wird, ist unzureichend, und die Hilfskomitees sind einem solchen Umfang der Not gegenüber völlig machtlos. Nach der von den Parteien abgegebenen Erklärung, daß die zahlreichen Morde unter den Arbeitern das wertvollste Element seien, die mit den Lobjer Arbeiterorganisationen nichts gemein haben, wurde beschlossen, alle Maßregeln zu ergreifen, um dem brüdermörderischen Krieg ein Ende zu machen. Das Ergebnis war, daß die blutigen Zusammenstöße aufhörten, hauptsächlich dank den Bemühungen der P. P. S. Infolgedessen erhielten die Podnanski'schen Arbeiter die Erlaubnis, Versammlungen zur Besprechung ihrer Lage zu veranstalten. In der ersten Versammlung beschloßen die Arbeiter, unter keinen Umständen solche Bedingungen anzunehmen, welche für die Arbeiterklasse erniedrigend wären. Zudem sei sich einverstanden erklärt, die normale Arbeit wieder aufzunehmen, sich vor dem Ingenieur Steffensen zu entschuldigen usw. usw., weigern sie sich entschieden, diejenigen Arbeiter, die sich in keiner Weise vergangen haben, den anderen zum warnenden Beispiel“ aus ihrer Mitte auszuschließen. (Besonders wollte die Podnanski'sche Fabrik zuerst jeden fünften Arbeiter entlassen, hat sich aber dann mit 100 Entlassungen begnügt.) Die Versammlung beschloß, eine Deputation aus 5 Mitgliedern nach Berlin zu entsenden, welche dem „Verband der Fabrikanten“ erklären soll, daß, wenn die in der Proskriptionsliste verzeichneten Personen irgend etwas begangen haben sollten, was ihren Kameraden zur Schande gereicht, sie von den Arbeitern selbst aus ihrer Mitte ausgeschlossen werden würden. Widrigenfalls würden die Arbeiter nicht zulassen, daß man aus bloßen Rachegefühlen Unschuldige bestrafe, und würden weiter bis zum Ende kämpfen. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schwerer Schiffsunfall.

Orient, 8. Februar. (B. L. Z.) Heute vormittag 11 Uhr ereignete sich an Bord des Torpedobootes 339 ein Unglück. Neun Mann wurden getötet, einer verletzt.

Sturmflut.

Catanzaro-Marina, 8. Februar. (B. L. Z.) Eine sehr heftige Sturmflut aus Osten hat hier Verheerungen angerichtet. Mehrere Häuser sind zerstört. Eine Person ist getötet, sieben sind verwundet. Die Behörden und die Truppen besorgen die Rettungsarbeiten und veranlassen die Räumung der gefährdeten Häuser. Das Unwetter dauert noch fort.

Schneestürme in Spanien.

Genève, 8. Februar. (B. L. Z.) Die Schneestürme, die seit gestern im Norden und den wärteren Teilen Spaniens herrschen, haben die Einstellung des Bahnverkehrs zur Folge gehabt. Diejenigen Flüge, die gestern Abend von Madrid abgegangen sind, werden durch den Schnee zurückgehalten. Der Expresszug von Jern ist in Villalba geblieben, der Nordexpresszug in Tortosobeno, der Südrailzug in Segovia. Mehrere Güterzüge sind auf offener Strecke eingeschneit. Der Südrailzug von Genève nach Paris müßte abbrechen, ohne die Post aus Spanien übernehmen zu können. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

18. Kreis ist das auch gelungen. Weiter beabsichtigte das Zentrum mit dem ehemaligen Gouverneur Leutwein, der zur Zeit in Lieberlingen am Bodensee wohnt, ein besonderes volkstümliches Geschäft zu machen. Der liberale Block und das Zentrum stehen sich als Todfeinde gegenüber, eine gegenseitige Unterstützung, um etwa den Sozialdemokraten ein Mandat zu entreißen, ist zurzeit ausgeschlossen. Nun hat sich das Zentrum gebildet, mit einer zentralen Kandidatur Leutwein könne man den Sozialdemokraten Karlsruher entreißen, aber der Zentrumsführer Fahrnbach, der Leutwein den Handel vorschlug, holte sich von diesem eine Abjahn. Wahrscheinlich hätten die Freijünglinge auch nicht auf die Ehre des Durchfalls verzichtet.

Der Wahlkampf war ein ungemein heftiger; speziell in den drei Kreisen, die wir bisher in Besitz hatten, ist in der struppellosesten Weise von unseren nationalliberalen Gegnern agitiert worden. Die Flugblätter des Reichverbandes bildeten besonders im Pforzheimer Bezirk das Hauptagitationsmittel. Und die Produkte, welche die Nationalliberalen selbst erzeugten, standen fast noch tiefer. Selbst Deibel wurde wegen seiner Karlsruhe' Rede von einem der Pforzheimer Jämmerlinge als „Lügner“ beschimpft. Kaum zu erwähnen braucht man, daß die Nationalliberalen den ganzen behördlichen Apparat zur Verfügung hatten. Mit einer Mahnung des Ministerpräsidenten v. Duffsch an die Beamten, zu wählen und „national“ zu wählen, begann der Tanz und mit der intensiven Schlepparbeit der Polizeidiener und anderer kommunaler Organe am Wahltage endete er. Gegen diese nationalliberale Wahlmacht, die nur in den Wahlsitzungen von 1887 ihr Gegenstück findet, hat das Zentrum hochauftündig gekämpft. In den Kreisen, wo wir vorerst noch nicht „gefährlich“ werden, hat man übrigens nicht mit dem hier geschilderten Hochdruck gegen uns gearbeitet.

Von unserer Seite ist mit großer Energie und im allgemeinen vorzüglich organisiert in den Wahlkampf eingegriffen worden. Es wurde nicht an Druckchriften gespart und Versammlungen wurden in außerordentlich großer Zahl abgehalten; in einzelnen Kreisen streiften diese mögen bis zu 200 abgehalten worden sein.

Und der Erfolg? Wir sind sehr zufrieden damit. Die Zunahme unserer Stimmen weist uns mit den ersten Platz in Deutschland an. Von 72.800 sind unsere Stimmen auf 98.886 gestiegen, also eine Zunahme von 21,08%, das sind 29,1 Proz. Wir sind mehr gestiegen als das Zentrum und mehr als die Nationalliberalen mit ihrer wässrigen Aufpeitscheri der wahllosen Speichlerer und ihrer behördlichen Vereinstzung. Im einzelnen stellt sich unser Stimmenzuwachs wie folgt:

Im Kreis	In absoluten Zahlen		Zunahme
	1903	1907	
1. Konstanz-Lieberlingen	1903	2565	612
2. Triberg-Billingen	2189	2259	70
3. Waldshut-Säckingen	2343	3059	716
4. Vörsach-Mühlheim	2114	3445	1331
5. Freiburg-Waldkirch	4147	6282	2135
6. Lahr-Dölsach	1785	2427	642
7. Offenburg-Stein	2307	2554	247
8. Münst.-Achern	3178	4358	1180
9. Pforzheim-Durlach	19281	15883	2652
10. Karlsruhe-Bruchsal	11429	14430	3001
11. Mannheim-Weinheim	20037	25969	5932
12. Heidelberg-Rössbach	5204	6713	1509
13. Bretten-Sinsheim	2163	2862	699
14. Tauberbischofsheim-Bertheim	270	580	310
Zusammen			21086

Prozentual haben wir 24 statt 21,9 Proz. der abgegebenen Stimmen 1903. Die Wahlbeteiligung liegt von 79 auf 88,3 Proz. Das Mannheimer Mandat wurde durch Genossen Frank im ersten Wahlgang erobert. Das Zentrum holte im ersten Wahlgang sechs Mandate und half den Konserverativen im 13. Kreise durch. In der Stichwahl standen wir in Pforzheim und Karlsruhe und Zentrum bzw. Konserverative hatten in vier Kreisen mit den Liberalen zu ringen. Zwei Kreise, Donaueschingen und Freiburg, waren alter Bestand des Zentrums, in beiden Kreisen gaben wir den Ausschlag, wie das Zentrum den Ausschlag gab im Pforzheimer und Karlsruher Bezirk. Die Stichwahlparole, die das Zentrum wohl nicht ohne Absicht unmittelbar vor dem Zusammenritt des sozialdemokratischen Zentralwahlkomitees ausgab, lautete auf Wahlenthaltung. Nach der vom Parteivorstande ausgegebenen Parole: „Unter allen Umständen gegen die Nationalliberalen!“ konnte auch die sozialdemokratische Parole nicht anders lauten. Einstimmig hieß es Wahlenthaltung, wo Nationalliberale mit Zentrum ringen, und die Parole ist glänzend befolgt worden! Aber auch das Zentrum hat im großen ganzen Parole gehalten, die Spekulation der Nationalliberalen auf die Zentrumstimmen und die geradezu effektsche Duelle um die Stimmen der viel beachteten Ultramontanen blieb ohne Erfolg; sowohl Genosse Eichhorn als Ged wurden mit großen Stimmenmehrheiten in der Stichwahl gehalten.

Die badische Vertretung im Reichstage besteht nun aus den Genossen Eichhorn, Ged, Dr. Frank, zwei Nationalliberalen, acht Zentrumstimmen und einem konserverativen Bauernbündler.

Aus der Partei.

Totenliste. In Crimmitschau starb am 7. Februar die als tapfere Kämpferin weit über Crimmitschau und Sachsen hinaus bekannte Genossin Frau Marie Goldig. Ein ganzes Menschenalter hindurch hat sie treu mit den Crimmitschauer Genossen im Kampfe gestanden, und besonders während der sozialistengesellschaftlichen Zeit in ihrer Unerblichkeit der Partei unschätzbare Dienste geleistet. Sie starb im 80. Lebensjahre. In der Parteigeschichte Crimmitschaus ist ihr eine bleibende Stelle gesichert. Ihr Andenken wird von den Genossen und Genossinnen in ehrender Erinnerung gehalten werden.

Die Presse vor der Revisionsinstanz. Wegen Verleumdung eines katholischen Pfarrers wurde am 17. Oktober der Genosse Sauerbeck von der „Schwäb. Tagwacht“ zu Nürnberg zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Der Pfarrer Döber hatte in einer Predigt die freigeorganierten Arbeiter ehrlöse und charakterlose Menschen genannt. Das war von der „Tagwacht“ scharf kritisiert worden, ebenso die Tatsache, daß der Pfarrer eine 77-jährige Frau zu fünf Wochen Gefängnis hatte verurteilen lassen, weil sie ein Gerücht weiterzählt hatte, daß der Pfarrer mit seiner Köchin geschlechtlich verkehrt habe. Der Pfarrer hatte diesen Verleht unter Eid bestritten. Er hatte aber auch die Verleumdung der Gewerkschaftler bestritten; hinterher hat aber der Redakteur des Göppinger „Hohenstaufen“, eines bürgerlichen Blattes erklärt, er könne jederzeit beschwören, die Kupferung in der Predigt des Pfarrers gehört zu haben. Geschehen ist dem Herrn Döber darob bis jetzt noch nichts — das Reichsgericht aber hat am 7. Februar die Strafe für den Genossen Sauerbeck durch Verwerfung der Revision bestätigt.

Ein Schweizerischer sozialdemokratischer Kommunalrat findet am 3. März unmittelbar vor dem Parteitag in St. Gallen statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat über die Aufgaben der sozialdemokratischen Vertreter auf dem Gemeindegebiete.

25 sozialdemokratische Professoren versammeln sich im Kanton Bern am 17. Februar statt gegen den Entwurf zu einem Antifreireichsgesetz.

Kein Prozeß gegen den Administratoren des „Avanti“.

Am 5. Februar. (Sig. Ver.) Anfang Dezember des vorigen Jahres haben wir über die Voruntersuchung in dem Prozeß wegen unlauterer Vorjensehandlungen zum Schaden der „Tern“ berichtet und mitgeteilt, daß die Einleitung des Hauptverfahrens gegen sämtliche

Angeklagte beschlossen worden war. Gegen diesen Entscheid der Voruntersuchung wurde Berufung eingelegt. Die neue Voruntersuchung hat nun heute ihren Abschluß gefunden und zwar mit dem Beschluß der Einstellung des Verfahrens gegen sämtliche Angeklagte. Wie bekannt, befand sich unter diesen der frühere Marineoffizier Evarista Armani, der Administrator des „Avanti“ war und der mit Hilfe von Nachrichten, die er in dieser Eigenschaft erhielt, die Waiffe der Termaktien durch unlautere Mittel herbeigeführt haben sollte. Die Einstellung der Voruntersuchung beweist nun, daß die gegen Armani erhobenen Beschuldigungen unbegründet waren.

Soziales.

Dr. Bödiker und das Nürnberger Arbeiterssekretariat.

Und wird zur Würdigung des verstorbenen ersten Präsidenten des Reichsversicherungsamtes aus Nürnberg geschrieben:

„Im Winter 1891/92, als die Nürnberger Arbeiterschaft die Gründung eines Arbeiterssekretariats diskutierte, erzählte der verstorbenen Reichstagsabgeordnete Genosse Grillenberger dem Schreiber dieses gelegentlich einer Unterhaltung, daß er von dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker im Reichstage aufgesucht wurde und daß dieser sich sehr eingehend bei ihm über das in Nürnberg zu errichtende städtische Arbeiterssekretariat erkundigte.“

Dr. Bödiker war sehr erstaunt, daß dieses Institut ein städtisches werden sollte, da doch die Stadtverwaltung Nürnbergs gerade in keinem hohen sozialpolitischen Rufe stehe. Genosse Grillenberger klärte den Dr. Bödiker dahin auf, daß dieses Institut kein „städtisches“, sondern ein von Arbeitern geleitetes Institut werde. (Die Bezeichnung „städtisches Arbeiterssekretariat“ war auch von uns ein falscher Ausdruck und der Stadtmagistrat Nürnberg hat auch diesem „lapsus linguae“ nachträglich durch ein Strafmandat gesühnet).

Dr. Bödiker war über den Plan der Nürnberger Arbeiterschaft sehr erfreut und bemerkte: Dieser Weg wäre der allerrichtigste, da nach der Zusammensetzung des Reichstages und der Richtung der Regierung zu schließen ein weiterer Ausbau der Sozialgesetzgebung nicht zu erwarten sei; die Arbeiter seien auf Jahre hinaus auf ihre eigene Kraft angewiesen.

Als nach einigen Jahren mühsamer Vorarbeit dann die Errichtung des Nürnberger Arbeiterssekretariats möglich war, bekundete Dr. Bödiker des öfteren dem Genossen Grillenberger sein Interesse für dies ausschließlich von den Arbeitern errichtete sozialpolitische Institut.“

Der heutige sozialpolitische Kurs geht auf Vernichtung der wenigen mühsam errichteten sozialpolitischen Erwerbungsstellen und Anebelung der Arbeiterorganisationen. Auf sozialpolitischem Gebiete werden die kommenden Jahre die heftigsten Kämpfe bringen. Die oben wiedergegebene Mitteilung bestätigt übrigens unsere von scharfmacherischer Seite sehr zu Unrecht bestrittene Behauptung, daß der antisoziale Kurs der Reichspolitik und das Weigen der Wort-Sozialpolitiker unter das Joch der Scharfmacher den Verstorbenen aus dem Reichsversicherungsamt getrieben hat. Das ist uns auch von den Arbeiterssekretären beim Reichsversicherungsamt bestätigt, mit denen Doktor Bödiker sich wiederholt über seinen Entschluß, zu gehen, unterhalten hat.

Sturm gegen die Sonntagstraße.

Die Braunschweiger Handelskammer hat an das Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, welche nichts weniger als die Abschaffung der Sonntagstraße für das ganze Holzstoffgewerbe des Herzogtums verlangt. Die Eingabe verlangt:

„Mit Rücksicht auf 1. die unserer Industrie zur Verfügung stehenden geringen Wasserkräfte, die ein sorgsameres Haushalten der lebendigen Kraft des Wassers erforderlich machen; 2. die Arbeitskräfte, die bei jeder Verminderung ihres Verdienstes sich gezwungen sehen, andere Erwerbsmöglichkeiten zu suchen und dadurch Gefahr laufen, ihre Schaffigkeit und Bodenständigkeit zu verlieren; 3. die schwierige Lage der Industriellen selber, die bei weiterer Verschlechterung der Rentabilität zum Aufgeben der Betriebe sich genötigt sehen könnten; 4. das Interesse der (staatlichen) Forstverwaltung, die in dieser Industrie einen Abnehmer für ein sonst kaum oder doch nur zu weit geringeren Preisen verwertbares Produkt findet, bitten wir herzuhol. Staatsministerium ganz ergebenst, die Zahl der Sonntage, an denen die Beschäftigung von Arbeitern in den Holzstofffabriken gestattet ist, auf 40 zu erhöhen, und nur, wenn sich diesem Wunsche unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg stellen sollten, es bei der Gestattung der Arbeit an 26 Sonntagen belassen zu wollen.“

Man sieht, die Scharfmacher wittern Morgenluft.

Abfertigung einer Verleumdung der Leipziger Ortskrankenkasse durch Unternehmer.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, jenes Blatt, das durch seine hahnhehnenen Klunkereien und durch die „geistige“ Mitarbeit eines Rimant die Partei der schwarzen Hundert in Leipzig erfreut, hat seine Klunkereien durch Wegner der Sozialdemokratie am Mittwoch bestritten lassen müssen. Und das kam so. Am 23. Januar brachten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ unter anderen Unwahrheiten einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei?“ Darin wurde behauptet, daß die Beamten der Ortskrankenkasse, die unter sozialdemokratischer Leitung stehe, schwere Klagen wegen der ihnen auferlegten Verpflichtungen erhoben, und daß der Redaktion interessante Schriftstücke von den Beamten der Kasse zugegangen seien, die bewiesen, „daß die Lage der Beamten in der Tat höchst unerquicklich sei.“

Eine vom Kassenvorstande eingesandte Berichtigung nahm das Rimantblatt nicht an, sondern alberte den Vorstehenden in einer Notiz an.

Darauf haben die dem Kassenvorstande angehörenden Unternehmer dem Blatte folgende Berichtigung zugehen lassen, die es in seiner Ausgabe vom Mittwoch, also zwei Wochen nach seiner Schwindelnotiz, abdruckt:

„In Ihrer geschätzten Zeitschrift vom 23. v. M. haben Sie einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei?“ gebracht, in dem u. a. gesagt ist, daß auch bei der Ortskrankenkasse Leipzig unter den Beamten Klagen laut geworden seien, die sich gegen allerlei Verpflichtungen richteten, welche man ihnen auferlegen wollte, es seien sogar der Redaktion verschiedene interessante Schriftstücke von Beamten der Ortskrankenkasse Leipzig übersandt worden, die beweisen sollen, daß die Lage dieser Beamten in der Tat eine äußerst unerquickliche sei, und zwar bedingt durch die Anforderungen, die die sozialdemokratische Leitung der Kasse an sie stelle. Diese Ausführungen sind unrichtig und geeignet, das Ansehen des Kassenvorstandes — dem bekanntlich 6 Arbeitgeber angehören — 1/2 der Stimmen, von denen keiner der sozialdemokratischen Partei angehört — herabzumwürden und die es geradezu verhindern, bei Renowahlten Herren aus dem Arbeitgeberkreise zu finden, die nicht nur ein Verständnis für die sozialpolitische Gesetzgebung, sondern auch die nötige Zeit und Lust zu einem solchen nach dem Gesetze und nach dem Statute vom Gesamtvorstande in gemeinschaftlicher Sitzung beraten und beschließen, wobei jedes Verbandsmitglied nur eine Stimme hat. Davon aber, daß die Lage der Beamten eine unerquickliche sei, bedingt durch die Anforderungen der Leitung der Kasse, wie in dem Artikel behauptet wurde, ist weder dem Kassenvorstande in seiner Gesamtheit, noch den ihm angehörenden Arbeitgebern und ihren Borgängern im Amte oder der Verwaltungsdirektion etwas bekannt, noch sind diebezüglichen Klagen dem Vorstande gegenüber hierüber laut geworden.“

Was sagt hierauf die geistige Führerin des Leipziger Ordnungsbereichs? Ihr Karischen Meidid meint, „daß es Sache des Vorstandes sein werde, falls wirklich Klagen vorliegen sollen, diese abzustellen.“ Es gibt damit also selbst zu, daß es elend geklungen hat und daß es gar kein Material besitzt, das es zwei Tage vor der Wahl zu haben behauptete. Von perfider Verdächtig-

ung der Arbeiter und der Sozialdemokratie wird trophaladem das edle Leipziger Organ nicht ablassen — sein Lebenselement unterbindet es sich nicht.

Anklage wegen Ausperrung gegen die schlesischen Metallindustriellen abgelehnt!

Dem Breslauer Kravallprozeß und der Polizeischlacht am Striegauer Platz lag bekanntlich die Ausperrung aller organisierten Metallarbeiter durch die Unternehmer zu Grunde. Da diese Ausperrung unter Jugendbelegung der gegen Arbeiter angewendeten bedauerlichen Judikatur sich als Erpressung darstellt, beantragten die Arbeiter gegen die Leiter des schlesischen Metallindustriellenverbandes, dem Direktor der Waggonfabrik Linke, Regierungsrat Glasenapp und Neumann ein Verfahren wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung (§ 153) und wegen Erpressung. Wie wir am 24. Oktober mitteilten, lehnte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Breslau die Strafverfolgung ab, weil in dem Schreiben der Metallindustriellen, in dem die Ausperrung angebroht wurde, lediglich eine Mitteilung an die Arbeiterinhaber und keine Drohung zu erblicken sei. Die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht schloß sich der Ablehnung an. Wegen dieser Entscheidung hatte Rechtsanwalt Heine beim Oberlandesgericht Beschwerde eingelegt, das im Oktober 1906 entschied: „Die Erhebung der öffentlichen Anklage wird angeordnet, da die Beschuldigten Glasenapp und Neumann sowie die noch zu ermittelnden Teilnehmer an dem Beschluß, der die Generalausperrung über alle organisierten Breslauer Metallarbeiter verhängte, hinreichend verdächtig erscheinen, andere durch Drohungen zu verhindern versucht zu haben, an einer Verabredung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen.“ In der Begründung zu diesem Beschluß weist das Oberlandesgericht darauf hin, daß der § 153 der G.-O. in allen Fällen Anwendung zu finden habe, in denen im gewerblichen Leben ein unzulässiger Zwang auf die Willensfreiheit eines anderen ausgeübt werde. Die Absicht der beschuldigten Arbeitgeber ging nach dem Entscheid des Oberlandesgerichts unzweifelhaft dahin, durch ihre Ankündigung, die von den Arbeitern als Uebel aufgenommen werden mußte, in unzulässiger Weise auf diese einzuwirken. Die Bekanntmachung, daß eine Generalausperrung in Kraft treten würde, wenn die streikenden Formex und Gieber die Arbeit nicht wieder aufnahmen, beschränkte diese in ihrer freien Willensbestimmung und verschlechterte ihre Lage. Denn einerseits konnten sie von den Ausgesperrten die ihnen sonst sicher zuteil gewordene finanzielle Unterstützung im Lohnkampfe nicht mehr erwerben, andererseits wurden sie überhaupt durch die Ausperrung beeinträchtigt, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, was im Interesse der Beschuldigten lag.“

Die Staatsanwaltschaft hat in Verfolg dieses Beschlusses die Anklage beim Landgericht Breslau erhoben. Das Landgericht Breslau hat aber dieser Tage die Erhebung der Anklage abgelehnt, die Gründe sind uns unbekannt. Hat das Landgericht die gerade in Breslau in Prozessen gegen Arbeiter gelebte Praxis bekräftigt — und hieran zu zweifeln liegt kein Grund vor — so kann die Erhebung der Anklage nur durch die Annahme abgelehnt sein, dem Regierungsrat Glasenapp und Genossen fehle es an dem erforderlichen Dolus, das heißt, an dem Bewußtsein der Tragweite ihrer Handlungen. Eine solche Ansicht würde die angeklagten Unternehmer moralisch und intellektuell tiefer als die Arbeiter stellen, freilich sie vor einer Verurteilung schützen. Hoffentlich legt die Staatsanwaltschaft Beschwerde ein, damit endlich eine Anklage erfolgt und ein reichsgerichtliches Urteil über die rechtliche Natur der erpresserischen, bisher anklagefrei gebliebenen Maßnahmen von Unternehmerverbänden gefällt werden kann.

Aus Industrie und Handel.

Durch den Zusammenbruch des Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerkes ist der Arbeitsmarkt in Danzig nicht unerheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Noch unter dem früheren Oberpräsidenten v. Gohler wurde das Werk auf der Holminsel gegründet. Aus einer Reihe von Gründen konnte man voraussetzen, daß dieses Werk nicht lebensfähig werden würde. Von Anfang an hat es auch nur immer finanzielle Opfer ercheitert. Immer und immer wurde saniert, aber der Erfolg blieb aus. Seit August 1906 war man abermals im Interesse des Fortbestehens des Werkes auf der Suche nach neuen Geldmitteln, aber nirgends war Hilfe zu erlangen. So mußte denn der Konkurs angemeldet werden, der am 2. Februar gerichtlich eröffnet wurde. Nicht weniger als 8 1/2 Millionen Mark Schulden sind vorhanden, während die Aktiva verhältnismäßig gering sein sollen. Zunächst sind einige hundert Arbeiter drotlos geworden, aber das ist nicht die einzige Folge. Es verkauert vielmehr, daß noch ein anderes großes industrielles Werk in Danzig in Mitleidenschaft gezogen sei und voraussichtlich auch zusammenbrechen werde. In dem Bestreben, den preußischen Osten industrialisieren zu wollen, ließ man sich zu der Verwirklichung von Plänen verleiten, die jeder Geschäftskundige als völlig verfehlt bezeichnen hätte.

Fleischpreise. Die Schweinepreise haben gegenwärtig wieder einen Stand erreicht, der nur wenig über dem Durchschnittspreis früherer Jahre steht. Im allgemeinen halten sich die Preise auf dem Stande von 1903. Mit etwas mehr Elastizität als in früheren Perioden sind die Schweinefleischpreise der Abwärtsbewegung am Schweinemarkt gefolgt, aber immer noch lange nicht schnell genug, um die Spannung zwischen den Vieh- und Fleischpreisen hinreichend herabzumindern. In einer Anzahl Städte, für die die Bewegung der Lebensmittelpreise monatlich verfolgt wird, stehen die Preise für Schweinefleisch gegenwärtig unter den vorjährigen; das Niveau des Jahres 1906 ist aber trotz des Rückganges der Schweinepreise noch nicht wieder erreicht. Liegt man einen Vergleich zwischen Preisbewegung bei Schweinen und bei Schweinefleisch, so kommt man zu dem Resultat, daß die Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen gegenwärtig noch entschieden stärker ist als in den Vorjahren.

Zwangvergleich außerhalb des Konkurses? Der Verein der Großhändler der Manufakturwaren und verwandten Branchen in Hamburg nimmt in einer Broschüre Stellung zu der vorstehenden Frage und spricht sich in bejahendem Sinne aus und macht praktische Vorschläge, die sowohl dem Interesse des Gläubigers wie dem des Schuldners dienen sollen. Die Broschüre ist von dem genannten Verein kostenlos zu beziehen.

Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 69 folgende Beiträge ein:

W. K. Nizdorf (Eisermacher) 15,00. W. S. 1.—. Aus der warmen Stube Frankfurter Allee 74 4.—. Zentralverb. der Maurer, Zweigverein Wittstock a. D. 10.—. Filiale Trebbin der Töpfer Deutschlands d. Kassierer Lise 3.—. Rest der Kranzpende des Kollegen Werner, Eisenstation A. G. W., Aderstraße 5.—. Verb. der Eisenarbeiter L. Gehrs u. Co., Wienerstraße 33.—. Verein der Zimmerer f. Teltow u. Umgegend d. Th. Scherwin 10.—. Holzarbeiterverband, Bahnhofsstr. Schönwalde, Otto Samert 10.—. Tonnenbrüder v. Wochay, Goylowitz u. Zwinglstr. 3,80. Deutsche Bierbrauereien (Kioskeneller) 8,85. Werkbundes-Heufelder, Nizdorf 4,10. 11. Vötker d. Schultzei-Bräuerei, Abt. IV 11.—. Vom Gesamtpersonal Buchdruckerei Maurer u. Dimmig, V. Rate 7,50. Personal der Buchdruckerei Volkroth u. Kpel, Lieberkeuf einer Silberhochzeit 2,55. M. D. B. 20 2.—. Von Arbeitern der Gasanstalt Nizdorf 9,20. Schirmer, Niz 3.—. Vier Bestimmungsgenossen aus Butarech: C. Dobrogann-Ghera 12.—. Dr. C. Rasfeld 8.—. Prof. Dr. C. 16.—. Prof. Dr. B. 12.—. Gutenbergs durch W. Schütz 5.—. Summa 105,60 M. Bereits quittiert 21 245,26 M. Summa 21 440,86 M.

Weitere Beiträge werden nicht mehr entgegengenommen.

Unsere **Serien-Tage** beginnen heute.

Serie I. **95 Pf.** Serie II. **1.95 M.** Serie III. **2.95 M.**

Nach beendeter Inventur haben wir von unseren Warenlagern grössere Posten aussortiert und kommen diese zu drei Serienpreise zum Verkauf.

Wir bieten diesmal etwas ganz Besonderes und dauert der Serien-Verkauf nur kurze Zeit.

Serie I: **95 Pf.**

Serie II: **1.95 M.**

Serie III: **2.95 M.**

Wir bringen ausser den aufgeführten Artikeln noch eine Menge anderer Waren in den Serien-Verkauf, die wir wegen Platzmangel nicht auführen können.

- 3 Pfd. Emaille-Geschirr**, bestehend aus Kochgeschirr, Kaffeekann., Wasserküben etc. etc. **95 Pf.**
- 1 Posten Wasserkessel, Emaille **95 Pf.**
- 1 Posten Milchkanne, Emaille **95 Pf.**
- 1 Posten Kaffeekanne, Emaille **95 Pf.**
- 1 Fischständer mit Glas und 2 Goldfische **95 Pf.**
- 1 eleg. Blumentopf **95 Pf.**
- 1 Brotkorb, vernickelt **95 Pf.**
- 1 Likörservice mit Nickeltablet **95 Pf.**
- 12 Stück Britannia-Teelöffel **95 Pf.**
- 6 Stück Wischtücher, Panama, 60x60 **95 Pf.**
- 4 Stück Küchenhandtücher, Drell **95 Pf.**
- 3 Stück Gerstenkornhandtücher mit Bordüre **95 Pf.**
- 3 Meter Hemdenflanell **95 Pf.**
- 2 Meter Piquetbarchend **95 Pf.**
- 2 1/2 Meter Rockvelour **95 Pf.**
- 4 Stück Drellstuben-Handtücher **95 Pf.**
- 1 Barchendbettiaken **95 Pf.**
- 3 Meter Tennisflanell oder Blusenzeug, diverse Muster **95 Pf.**
- 2 1/2 Meter karierten Stoff für Blusen und Kinderkleider, neue Dessins **95 Pf.**
- Gestreifte Tennisstoffe und engl. Flanell, reine Wolle **95 Pf.**
- Einsegnungsstoffe, Cheviot und Crepes, schwarz und farbig **95 Pf.**
- Ballstoffe, doppeltbreit, glatt und gemustert **95 Pf.**
- 1 Damenachselchlusshemd mit handgestickter Passé **95 Pf.**
- 1 Damenpriesen- oder Kniebeinkleid **95 Pf.**
- 1 Damennachtjacke, Barchend oder Dimiti **95 Pf.**
- 1 Barchend-Damenhemd **95 Pf.**
- 1 Barchend Herrenhemd **95 Pf.**
- 1 Kopfkissen mit Einsatz **95 Pf.**
- 1 weisser Damenunterrock mit Languetten **95 Pf.**

Ein Transport **Reis- oder Tigerfinken** Stck. **95 Pf.**

- 1 Tischläufer mit eingewebtem Muster **95 Pf.**
- Damenblusen, schöne Muster **95 Pf.**
- 1 Seidenball-Shawls **95 Pf.**
- 2 Korsetschoner u. 1 Paar buntgeringelte Damenstrümpfe **95 Pf.**
- 1 Paar lange Spitzenhandschuhe **95 Pf.**
- 1 Normal-Herrenhemd **95 Pf.**
- 1 Kinderröckchen und 1 Kindertrikot **95 Pf.**
- 2 Paar Damenstrümpfe, Wolle, plattiert **95 Pf.**
- 3 bunte Kinderhängeschürzen **95 Pf.**
- 1 Damen-Reiseplaid in modernen Farben **95 Pf.**
- 4 Damenkragen mit Stickerei **95 Pf.**
- 3 Stehumiegekragen oder 5 Stehkragen, div. Passons **95 Pf.**
- 1 Herren- oder Damen-Regenschirm **95 Pf.**
- 1 Zephirgarnitur, bunt Servitor und Manschetten **95 Pf.**
- 1 Paar Herren- Glacehandschuhe, schwarz, weiss und ed. Damen, farbig **95 Pf.**
- 1 Markttasche, extra gross, mit Deckel **95 Pf.**
- 1 Knaben- oder Mädchen-Tornister **95 Pf.**
- 100 Stück prima Papierservietten **95 Pf.**
- 12 Stück dek. Salonkerzen **95 Pf.**
- 1 Karton prima Blumenseife, 6 Stück **95 Pf.**
- 2 Perser-Vorleger, imitiert **95 Pf.**
- 1 Knabenstoffbluse für 8-9 Jahre **95 Pf.**
- 1 Knabenstoffhose für 8-9 Jahre **95 Pf.**
- Cristallinseide, letzte Neuheit **95 Pf.**
- Blusenvelvet, glatt, diverse Farben **95 Pf.**
- 3 Meter Flourisette, reine Seide **95 Pf.**
- 2 1/2 Meter eleg. breiten Spachtelbesatz **95 Pf.**
- 1 Federfächer **95 Pf.**
- 1 Paar Damen-Kamehaar-Pantoffel **95 Pf.**
- 1 Paar Damen-Lasting-Schuhe mit Fleck **95 Pf.**

- 1 Tafelaufsatz **1.95 M.**
- 1 Cigarren-Schrank **1.95 M.**
- 1 Vogelkäfig **1.95 M.**
- 1 Wirtschaftswage, regulierbar **1.95 M.**
- 1 eleg. Tischlampe, 141, mit dec. Schirm **1.95 M.**
- 1 Brotbüchse, extragross **1.95 M.**
- 6 Paar eleg. Tee- od. Kaffeetassen dec. **1.95 M.**
- 1 eleg. Porzellan-Suppenterrine, dec. **1.95 M.**
- 6 Stück eleg. Porzellan-Speiseteller **1.95 M.**
- 1 Porzellan-Bratenplatte, dec. **1.95 M.**
- 1 Zeitungsmappe, linocrusta **1.95 M.**
- Reisetasche, braun mit Nickelgarnitur **1.95 M.**
- Rucksack mit breiten Lederriemen **1.95 M.**
- 1 elegantes Püschalbum **1.95 M.**
- 1 brauner Reisekoffer 50 cm gross **1.95 M.**
- 1 Damen-Gummigürtel mit Stahlpoint, div. Farb. **1.95 M.**
- 1 buntgeringelte Herren-Unteracke u. 1 Normal-Herrenhose **1.95 M.**
- 1 geblickten Damen-Unterrock u. 1 woll. Korsetschoner **1.95 M.**
- 1 gestrickte Herrenweste **1.95 M.**
- 1 schwarze u. 1 weisse Kinderhängeschürze **1.95 M.**
- 1 Damenvelour-Unterrock **1.95 M.**
- 1 Damen-Fracksorset und 1 Paar Strumpfhälter **1.95 M.**
- 6 Paar Herrensocken ohne Naht, div. Farb. **1.95 M.**
- 1 steifer Herrenhut, schwarz mit Atlasutter **1.95 M.**
- 1 Herrenoberhemd mit weich. Falten, weiss od. bunt **1.95 M.**
- 1 halbseid. Herren- od. Damen-Regenschirm **1.95 M.**
- 3 bunte Garnituren, Servitor und Manschetten **1.95 M.**
- 1 Paar Damen-Lederhausschuhe mit Fleck **1.95 M.**
- 1 Paar Damen-Tanzschuhe, Lacktuch **1.95 M.**
- 1 Paar Herren-Lederpantoffel **1.95 M.**

Ein Transport gutslagende **chinesische Nachtigallen** **2.95**

- Reinseidene Louisines, gestreift u. kariert Meter **1.95 M.**
- Seiden-Chiné, aparte Bluseneinheit **1.95 M.**
- Reinseidene Foulards, Frühjahrsneuheit Meter **1.95 M.**
- Schwarze Damassé-Brautseide **1.95 M.**
- Weisse Damassé-Brautseide **1.95 M.**
- 3 Meter Kleiderstoff, blau, grün und andere moderne Schotten **1.95 M.**
- 3 Meter Kostümstoff, meliert **1.95 M.**
- Damenblusen, diverse Farben **1.95 M.**
- Kostümröcke, engl. Stoffe, mit Garnierung **1.95 M.**
- 1 Waffelbettdecke, weiss oder farbig **1.95 M.**
- 6 Stück Jacquard-Servietten **1.95 M.**
- 6 Meter Bettkattun oder Züchen **1.95 M.**
- 3 1/2 Meter Damast od. Dimiti, für 2 Kopfkissen **1.95 M.**
- 6 Stück Damast-Stubenhandtücher **1.95 M.**
- 1 Kaffeegedeck mit 6 Servietten **1.95 M.**
- 1 Jacquard-Tischtuch, mod. Muster **1.95 M.**
- 1 eleg. Abenddecke **1.95 M.**
- 1 Darmstädter Künstler-Tischläufer **1.95 M.**
- 1 eleg. Damenachselchlusshemd mit Stickerei **1.95 M.**
- 1 Damen-Barchendunterrock mit Languetten oder Stickerei **1.95 M.**
- 1 weisses Herrenhemd **1.95 M.**
- 1 eleg. Damen-Priesen- oder Kniebeinkleid mit Stickerei **1.95 M.**
- 6 weisse Herren-Batistaschentücher mit bunter Kante **1.95 M.**
- 1 Knabenstoffhose für 8-14 Jahre **1.95 M.**
- 1 Herren-Fantasieweste **1.95 M.**
- 1 Körper-Monteur-Jacke **1.95 M.**
- 1 Körper-Monteur-Hose **1.95 M.**
- 1 Malerkittel **1.95 M.**
- 1 Fell-Vorleger **1.95 M.**
- 4 Meter Läuferstoff, prima Qualität **1.95 M.**

- 1 eleg. Tischlampe, Messingfuss mit dec. Schirm **2.95 M.**
- 1 Bauertisch **2.95 M.**
- 1 eleg. Leuchter, 2 Arme **2.95 M.**
- 1 eleg. Bowle mit Deckel **2.95 M.**
- 1 Rauchservice **2.95 M.**
- 1 vernickelte Platte mit Bolzen **2.95 M.**
- 1 Emailleimer, dec., mit Messingbügel **2.95 M.**
- 12 Stück gute Alpaka-Teelöffel **2.95 M.**
- 6 Paar gute Solinger Essbestecks **2.95 M.**
- 1 Wandbild mit Perlmutter-Einlage, echt Elche **2.95 M.**
- 1 eleg. Damen-Balhemd mit Spitze oder Band **2.95 M.**
- 1 Damen-Nachthemd **2.95 M.**
- 1 Herren-Nachthemd mit buntem Besatz **2.95 M.**
- 1 eleg. Damen-Batist-Unterrock mit Spitze od. Stickerei **2.95 M.**
- 4 Mtr. Louisianatuch, Deckbottbreite **2.95 M.**
- 4 Mtr. Bettinlet, Deckbottbreite **2.95 M.**
- 1 Waffelbettdecke, extra schwer **2.95 M.**
- 1 reinlein. Damasttisch Tuch mit Durchbruch-Bordüre **2.95 M.**
- 1 Teegedeck mit 6 Servietten **2.95 M.**
- 6 Stück Drellhandtücher, extra schwer **2.95 M.**
- 6 Stück Damasthandtücher, prima Qualität **2.95 M.**
- 1 Darmstädter Künstler-Decke **2.95 M.**
- 1 eleg. Pointlace-Läufer **2.95 M.**
- 1 eleg. Nähkorb-Ständer **2.95 M.**
- 1 Robe, 8 Meter Kleiderstoff, div. Dess. **2.95 M.**
- 2 Mtr. gemust. Waschtüll zur und dazu passende Spachtelasse **2.95 M.**
- 1 Paar Damen-Rosleder-Schnürstiefel, alle Nummern ab bis 40 **2.95 M.**
- 1 Paar Damen-Tennis-Schuhe oder Stiefel mit Leder- Spitze **2.95 M.**
- 1 Paar Herren-Radfahrer Sandalen, Nummer 36 bis 42 **2.95 M.**
- 1 Paar Herren-Leder-Hausschuhe **2.95 M.**

Ein Transport grosse **Alexander-Fittige** Stck. **2.95**

- Reinseidene Louisineschotten **2.95 M.**
- Reinseidene Blusen-Chiné **2.95 M.**
- Reinseidene Louisinestreifen **2.95 M.**
- Reinseidene Brokates, herrliche Farbentstellungen Meter **2.95 M.**
- Chiné-Streifen, aparte Neuheit **2.95 M.**
- Damen-Blusen, aparte Muster **2.95 M.**
- Damen-Matiné, aparte Muster **2.95 M.**
- Costumes-Faltenröcke **2.95 M.**
- Kinderkleidchen, Cheviot oder Velour **2.95 M.**
- 1 graue Herrenweste mit Seideneffekten **2.95 M.**
- 1 buntes Zephir-Oberhemd, neue Muster **2.95 M.**
- 1 Paar weisse lange Glacéhandschuhe **2.95 M.**
- 1 italienischer Haarhut mit eleg. Seidenfutter **2.95 M.**
- 1 Herren- u. 1 Knaben-Sweater **2.95 M.**
- 1 Herren-Normalhemd u. 3 Paar Schweisssocken **2.95 M.**
- 1 Damen-Umschlagetuch, moderne Farben **2.95 M.**
- 1 Damen-Clothunterrock mit Serpentinvolant **2.95 M.**
- 3 Paar gemust. Damenstrümpfe, Wolle **2.95 M.**
- 1 schwarze Panama-Damen-Reformschürze mit Volant **2.95 M.**
- 1 eleg. Damen-Korset mit reicher Spitzen-garnitur u. Spralleinlage **2.95 M.**
- 1 Knaben-Stoffanzug für 8-9 Jahre **2.95 M.**
- 1 Kammgarnhose für 8-9 Jahre **2.95 M.**
- 1 Monteur-Anzug, prima Blautuch **2.95 M.**
- 1 Friseur-Jacke **2.95 M.**
- 1 Herren-Stoffhose **2.95 M.**
- 1 eleg. Reisedecke **2.95 M.**
- 5 Mtr. Fenster-Gardinen, crème oder weiss **2.95 M.**
- Madrasstores, eleg. Muster **2.95 M.**
- Eleg. Sofakissen mit Seidenplatte **2.95 M.**
- 1 Remontoir-Herrentaschenuhr, gutgehend, 1 Jahr Gar. **2.95 M.**

Sämtliche Serien-Artikel sind in unseren 32 Schaufenstern und Schaukästen ausgestellt.

Heute Sonnabend: **Grosses Bockbier-Fest mit verstärkter Kapelle!**

Warenhaus Jacob Gebrüder Nachf.

Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 55-56, Ecke Pestalozzi-Strasse.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, 9. Februar 1907, in der „Neuen Welt“, Hasenheide:

Großes Sommer-Fest (Eine Fahrt nach dem Riesengebirge).

Um 11½ Uhr:

Großer festzug
unter Mitwirkung hervorragender Personen.

== Billett 50 Pfennige. ==

Anfang 8½ Uhr.

Tanz frei (Doppel-Orchester).

Um zahlreichen Besuch bittet

Das Komitee.

NB. Es wird gebeten, in Sommertoilette zu erscheinen.

Billetts sind auf allen Zahlstellen, im Bureau und ständig in folgenden Lokalen zu haben: O.: Lorenz, Koppenstr. 28. SO.: Mühlh, Mariannenstr. 41. S.: Donath, Schönleinstr. 6. Erbe, Hasenheide 9. 79/11*

Spezial-Hut-Engroslager. Neueste Moden der Saison

Begründet 1873.
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten u. Chapeau claquees.

Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen!



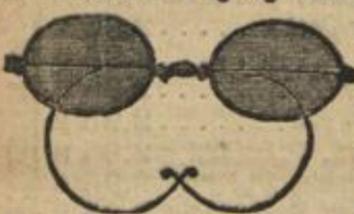
Sonntags geöffnet! **Neue Königstraße 48, I Treppe,** drittes Haus vom Alexanderplatz.

Weltbekannt sind
Rathenower Augengläser.

Echt Rathenower Brillen 1,00
Placenz (echt Nickel) M. 1,50
„ Double 5,00
„ Gold 12,00
„ Schildpatt 4,50
Opera- u. Reise gläser v. 6,00 an
garant. gute
Barometer, Werke, von 6,00 an

A. Grün, Optiker,
Brunnen-Straße 4
am Rosenthaler Tor.

Kraft-Rothweiß
für Blutarme
u. Kranke,
ärztlich
empfohlen
Fl. 1,50
u. 2 M.
überall
kauflich
Santa Lucia
In Apotheken, Drogen- u. Delikat-
Gesch., steht unt. ständ. Kontrolle
des chem. Laborat. Dr. C. Bischoff



Unwiderruflicher Schluß

des

Sonder-Verkaufs

am

Montag, dem 11. Februar.

Das größte Publikum sollte diese wirklich günstige Kaufgelegenheit wahrnehmen.

Viele Hunderte Herren-Anzüge von **8 Mk. 65** an

Viele Hunderte Herren-Hosen von **2 Mk. 25** an

Viele Hunderte Herren-Westen von **1 Mk. 50** an

Knaben- u. Jünglings-Kleidung spottbillig.

Die Preise sind teilweise bis unter die Hälfte der früheren herabgesetzt.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes.

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 64, 65, 66 □

Sonnabend den 9., Montag den 10. und
Dienstag den 11. Februar cr. so lange Vorrat.

Conserven

Schnittbohnen 2 Pfd.-Dose **23 Pl.**
Kohlrabi mit Grün 2 Pfd.-Dose **27 Pl.**
Wirsingkohl 2 Pfd.-Dose **33 Pl.**

Fleischwaren

Prima Cassler-Rippenspeer . Pfd. **85 Pl.**
Feine Kalbsleberwurst Pfd. **1.00 M.**
Pom. Gänsepökelfleisch Pfd. **70 Pl.**
Pom. Rot- u. Zwiebelleberwurst Pfd. **53 Pl.**

Apfelsinen Dtd. **50, 40 30 Pl.**
Citronen Dtd. **45 35 Pl.**

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Heute

Sonnabend den 9. Februar cr.:

Schluß
der
90 Pfg.=
Woche.

Sparmarken werden trotz der billigen Preise auf diese Artikel verabfolgt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am 10. d. Mts. veranstaltet die III. Jugendabteilung der Turngemeinde Berlin im „Dübahn-Restaurant“...

Im V. Kreis steht und das Lokal von Paul Müller (Zogen-Restaurant) zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Bankom. Billetts zu dem am Sonnabend, den 16. d. M., in den Kurfürstensälen, Verkürzter 102, vom Wahlverein veranstalteten Panlower Fieberfest geben die Bezirksklassierer aus.

Berliner Nachrichten.

Vor dem Depot.

Es weht ein Schneidend kalter Wind. Vor dem Tore eines Depots der städtischen Straßenreinigung warten viele Männer, alte und junge, mit und ohne Paletot.

„Heute ist's kälter wie gestern“, sagt einer aus der Menge. „Haste denn heute Handtaub?“

„Ja, ich hab' mir gestern welche jekost. Verdammte die Ohren, heit' muh man die Wäge drierer zieden.“

„Du, det lass' man ju, nachher schwoigte Dir die Wäge von de Ohren fort und weg sin se.“

„So muh man sich dem hier melden?“ fragt einer, der auch heute zum erstenmal da ist.

„Na, wenn wat ist, wirde schon sehn“, ruft ihm ein anderer zu. „Is' dem noch nicht ische?“

„See, noch fünf Minuten.“ Jetzt kommen die Kuffeher.

„Wer gestern bei mir gearbeitet hat, stelle sich hierher an die Laterne“, ruft der eine.

„Ja, ich wech nich, waren wir bei dem?“

„Na, det muhte doch wissen, wir müssen drüber hin bei den Meenen.“

So bilden sich drei Abteilungen. Die Kuffeher verlesen die Namen, hier und da fehlt noch einer. Vor dem Tore stehen noch 30 bis 35 Leute.

„Na für uns wird's wohl nichts geben?“ meint einer. „Ich kann niemand mehr brauchen, meine Zahl ist voll.“ sagt der Kontrolleur, der eben herauskommt.

„Na, wat wird meine Ose sagen, die hat gestern schon gesagt: Wat, Du kriegst keine Arbeit, janz Berlin is ja noch voller Schnee!“

„Eben kommt noch einer, der sich verspätet hat, und nennt seinen Namen.“

„Na, Du kommst wohl morgen um sieben“, neckt ihn einer, und verlangt doch Deinen Daler!“

Die drei Abteilungen marschieren ab, der Kontrolleur geht wieder hinein, die Richtingstellen folgen ihm bis an sein Fuß.

„Gibt's denn heute wirklich keine Arbeit?“

„Na jehet man, na jehet man“, tröstet der Kontrolleur. „Fester knöpfst mancher seinen Rock zu und schiebt los, auch ich mache leicht und gehe mit schnellen Schritten vorwärts, um meine stief gefrorenen Füße zu erwärmen, während mir beständig die Worte durch den Kopf gehen, die bei meinem Weggehen meine Frau zu unserem Kellerten sagte: „Wird Vater heute Glück haben?““

Wenn Schüler kniepen wollen!

In Berlin-Südost war von Schülern der dort gelegenen siedenten Realschule (Mariannenstraße) eine geheime Vereinigung gegründet worden, die den einzigen Zweck hatte, schon unter der Realschuljugend das Verständnis für die edle Kunst studentischer Knieerei zu fördern.

Zu der bürgerlichen Presse wird diese Affäre viel besprochen. Man läßt durchblicken, daß die Strafe eigentlich doch ein bißchen hart ausgefallen sei.

Die drei Abteilungen marschieren ab, der Kontrolleur geht wieder hinein, die Richtingstellen folgen ihm bis an sein Fuß.

„Gibt's denn heute wirklich keine Arbeit?“

„Na jehet man, na jehet man“, tröstet der Kontrolleur.

„Fester knöpfst mancher seinen Rock zu und schiebt los, auch ich mache leicht und gehe mit schnellen Schritten vorwärts, um meine stief gefrorenen Füße zu erwärmen, während mir beständig die Worte durch den Kopf gehen, die bei meinem Weggehen meine Frau zu unserem Kellerten sagte: „Wird Vater heute Glück haben?““

Die drei Abteilungen marschieren ab, der Kontrolleur geht wieder hinein, die Richtingstellen folgen ihm bis an sein Fuß.

„Gibt's denn heute wirklich keine Arbeit?“

„Na jehet man, na jehet man“, tröstet der Kontrolleur.

„Fester knöpfst mancher seinen Rock zu und schiebt los, auch ich mache leicht und gehe mit schnellen Schritten vorwärts, um meine stief gefrorenen Füße zu erwärmen, während mir beständig die Worte durch den Kopf gehen, die bei meinem Weggehen meine Frau zu unserem Kellerten sagte: „Wird Vater heute Glück haben?““

Die drei Abteilungen marschieren ab, der Kontrolleur geht wieder hinein, die Richtingstellen folgen ihm bis an sein Fuß.

„Gibt's denn heute wirklich keine Arbeit?“

„Na jehet man, na jehet man“, tröstet der Kontrolleur.

„Fester knöpfst mancher seinen Rock zu und schiebt los, auch ich mache leicht und gehe mit schnellen Schritten vorwärts, um meine stief gefrorenen Füße zu erwärmen, während mir beständig die Worte durch den Kopf gehen, die bei meinem Weggehen meine Frau zu unserem Kellerten sagte: „Wird Vater heute Glück haben?““

Die drei Abteilungen marschieren ab, der Kontrolleur geht wieder hinein, die Richtingstellen folgen ihm bis an sein Fuß.

verbindungen von Studenten oder nachlassender Schuljungen. Der giftige Haß, mit dem von dort aus die freien Jugendorganisationen verfolgt werden, erklärt sich aus einem Klasseninstinkt der bürgerlichen Zeitungsschreiber.

Son „Wahlmogelegen“

wird in der bürgerlichen Presse allemal dann erzählt, wenn bei einer Wahl die Sozialdemokratie den Sieg davongetragen hat und die bürgerlichen Parteien unterlegen sind.

Aufgefallen ist und besonders die Schweigsamkeit über ein hierher gehöriges Vorkommnis, das amtlich festgesetzt und protokolliert worden ist und das von der Freisinnspresse zweifellos als „Mogelei“ denunziert worden wäre, wenn es sich dabei um einen Arbeiter handelte.

Wir wissen nicht, ob diese Angaben des Pseudowählers zutreffen. Wenn sie aber der Wahrheit entsprechen, so haben wir hier einen sehr interessanten Beitrag zu dem Thema der „Wahlmogelegen“.

Wir sind übrigens neugierig, zu erfahren, ob gegen den Pseudowähler bereits Anzeige erstattet worden ist, ob die Staatsanwaltschaft die Untersuchung gegen ihn einleiten will und was schließlich dabei herauskommen wird.

Ein empfindlicher Rätterückschlag ist während der letzten Nacht erfolgt. Während vorgestern schon ein gelindes Tauwetter einsetzte, herrschte heute früh strenger Frost.

Die Bodbeerfalscherei will trotz der gewaltigsten Bekämpfung nicht so recht in Fluß kommen. Das Mißvergnügen, das in den weitesten Kreisen der Gastwirte über den immer früheren Anfang dieser Saison empfunden wird, hat sich in recht bemerkenswerter Weise auch auf das Publikum übertragen.

Lange Hochbahnzüge. Die starke Benutzung der Hoch- und Untergrundbahn und in ihrem Gefolge die Ueberfüllung der Wagen hat schon längst zur Erörterung der Frage geführt, in welcher Weise der Hochbahnbetrieb dem wachsenden Verkehrsbedürfnis Rechnung zu tragen in der Lage wäre.

Zur Erleichterung der Güter-An- und -Abfuhr. Nach Mitteilung der kgl. Eisenbahndirektion Berlin sind die Berliner Güterabfertigungen angewiesen, im Interesse des verkehrsträbenden Publikums auch am Sonntag, den 10. d. M. Frachttüdgüter in der Zeit von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr auszuliefern.

Die Befragung der Straßenbahn über die Normalsahl. Zu unferntzlich gebrachten Mitteilung über die Befragung des Polizeipräsidenten, nach der einige Personen über die in den Wagen angeführte Zahl hinaus mitgenommen werden dürfen, erfahren wir, daß diese Befragung nur vorläufigen Charakter besitzt und nur mit Rücksicht auf die gegenwärtigen schwierigen Verkehrsverhältnisse erlassen wurde.

fängung angegebene Zahl der mehr mitzunehmenden Fahrgäste (drei im Mittelgang und je eine auf beiden Plattformen) darf keinesfalls hinausgegangen werden.

Die Schneebeseitigung betrifft ein Antrag des Stadts. Faberland, der folgenden von mehreren Stadtverordneten unterschriebenen Antrag bei der Stadtverordnetenversammlung eingebracht hat: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, zu erwägen, in welcher Weise bei größeren Schneefällen eine schnellere Beseitigung der Schneemassen herbeigeführt werden kann.“

Er war zu alt. Weil er von seinem Arbeitgeber entlassen worden war, hat sich gestern Abend der 64 Jahre alte Fabrikarbeiter August Soager aus der Endenerstr. 6 das Leben genommen.

Genickstarre bei den Garde-Kürassieren. Von den Garde-Kürassieren ist gestern ein Mann an Genickstarre erkrankt und in das Garnisonlazarett in Tempelhof eingeliefert worden.

Kuffeher erregte es gestern in den Straßen Berlins, daß militärische Gespanne zu Vorspannzwecken für Expeditionswagen benutzt wurden.

Zu welchen Zwecken das Militär dienen muß, ist kaum glaublich! An der einen Stelle mußten Soldaten Landarbeiter spielen, an einer anderen streifenden Arbeitern in den Rüden fallen, an wieder anderen Umzüge bewerkstelligen, als Schneeschipper fungieren und schließlich Rutschler spielen.

In der Raubaffäre auf der Fürstener Chaussee ist gestern eine zweite Verhaftung erfolgt, und man hofft, daß man nun die beiden Täter hinter Schloß und Riegel hat.

Erstfrenn aufgefunden wurde in der vergangenen Nacht vor dem Grundstück Engelauer 20 eine unbekannt etwa 60 Jahre alte Frau. Ein Schuttmann brachte die Bedauernswerte nach der Unfallstation, wo der Arzt jedoch nur noch den Tod feststellen konnte.

Die Kesselbende auf der „Geschäftskreise“. Beim „Verschärfen“ sind gestern Einbrecher verhaftet worden. Am Donnerstag war auf das Grundstück Pringen Allee 54/56, auf dem sich die Gerberei und Lederfabrik von Meier befindet, eine Diebesbande gedrungen und hatte fünf schwere Kessel ausgebrochen und dazugeschleppt.

In das Verbandsbureau der Bauarbeiter, Engelauer 16, wurde, wie wir erst jetzt berichtet wird, in der Nacht vom 1. zum 2. Februar ein Einbruch verübt. Der Geldschrank wurde erbrochen und der Inhalt nebst einer Kassetten mit 6553,98 M. geraubt.

Ein Opfer der Kälte wurde gestern Abend der 78jährige Almosenempfänger Franz Reider aus der Grünhaldenstraße 5. Der alte Mann kam beim Passieren der Badstraße im Quischen, vermolte sich nicht auf den Weinen zu halten und stürzte nieder.

Großfeuer in einer Lederfabrik. Gestern früh wurde die Feuerweh in großer Stärke nach dem Grundstück Haerstraße 29/30 gerufen, wo die Lederfabrik von Gebrüder Steinlein in Flammen stand.

Das Passagen-Theater bringt in seinem Februarprogramm eine zweiatteige Posse von Leopold Ely: „Mal was Anders!“ Der Inhalt ist kurz und bündig. Auf seinen Irrfahrten als Don Juan trifft der Schwiegervater mit seinem nicht minder als Lebemann sich betätigenden Schwiegersohn zusammen und jeder hat sich, ohne daß einer vom anderen weiß, dieselbe polnische Zirkusdirektorin als Ziel seiner Wünsche erkoren.

Im Wintergarten wirkt neben der Saharist als Tänzerin noch immer Otto Reutter mit seinen humoristischen Einfällen und prädelnden Wigen. Daneben produzierte sich eine Japanertruppe in der vollendetsten Weise auf dem Gebiete der Antipodenspiele.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber technischer Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 9. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus, Garmen.
Kgl. Schauspielhaus, Klein Dorrit.
Deutsches, Komos und Julia.
Westen, Cousin Bobby.
Nachm. 3 Uhr: Der Freischütz.
Vorhing, Jar und Zimmermann.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Mina von Barnhelm.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Die Räuber.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der Familienrat.
Reising, Die Jungfern von Siphosberg.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Berliner. Der Hund von Baskerville.
Neues Schauspielhaus. Hertha Hochzeit.
Kleines, Zu den Sternen.
Neues, Reisinger Vorjellan.
Residenz, Haben Sie nichts zu verzollen?
Lustspielhaus, Dufarenfieber.
Süßen, Der Raub der Sabinerinnen.
Nachmittags 4 Uhr: Der gestiefelte Kater.
Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr: Künstlerblut.
Sonntag 3 Uhr: Voccaccio.
Abends 7 1/2 Uhr: Künstlerblut.
Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung zu kleinen Preisen, zum erstenmal: Der gestiefelte Kater.
Abends 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Sonntag 3 Uhr: Teil. 8 Uhr: Zuborgelommen od.: Der lange Kerl.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute zum 1. Male (Anfang 8 Uhr):
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwanz in 3 Akten v. R. Pennequin und Pierre Weber.
Morgen und folgende Tage:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Stellvertreter.
DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Annenstraße 132.
Nachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung bei 1/2 Preisen:
Frau Holle.
Abends 8 Uhr: Die Tochter des Herrn Fabricius. — Sonntag 3 Uhr bei ermäßig. Pr.: Die Schule des Lobens.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, Sonntag, Montag:
Der Hund von Baskerville.
Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kanistr. 12.
Durchschlagender Operetten-Erfolg!
Abends 7 1/2 Uhr: Das Spiel Fritz Werner
Cousin Bobby.
Neues Schauspielhaus
Sonnabend, den 9. Februar 1907:
Hertha Hochzeit.
Morgen:
Hertha Hochzeit.
Anfang 8 Uhr.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Meißner Porzellan.
Sonntag, Montag:
Meißner Porzellan.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Zu den Sternen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr: Zu den Sternen.
Montag: Eine triolale Komödie für ferische Leute. (Sundbun.)
Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Lorzing-Theater
Bellevueallee 7/8.
Sonnabend, 9. Februar, 7 1/2 Uhr:
Zar und Zimmermann.
Abonnement gültig.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Fra Diavolo.
Abends 7 1/2 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.
Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Mina von Barnhelm.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Schiller-Theater Charlottenburg,
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Pfarrer v. Kirchfeld.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Räuber.

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165
Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
Von abends 6 1/2 Uhr ab:
Familien-Bier-Kabarett.
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
8 Uhr:
Die Feuertgewalten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath:
Die Lichtstrahlen. (II. Teil).
Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Dufarenfieber.
Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr: Künstlerblut.
Sonntag 3 Uhr: Voccaccio.
Abends 7 1/2 Uhr: Künstlerblut.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung zu kleinen Preisen, zum erstenmal: Der gestiefelte Kater.
Abends 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Sonntag 3 Uhr: Teil. 8 Uhr: Zuborgelommen od.: Der lange Kerl.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute zum 1. Male (Anfang 8 Uhr):
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwanz in 3 Akten v. R. Pennequin und Pierre Weber.
Morgen und folgende Tage:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Stellvertreter.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Annenstraße 132.
Nachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung bei 1/2 Preisen:
Frau Holle.
Abends 8 Uhr: Die Tochter des Herrn Fabricius. — Sonntag 3 Uhr bei ermäßig. Pr.: Die Schule des Lobens.

Apollo Theater
10 Uhr! 10 Uhr!
Bernhard Mörbitz
Charakter-Komiker.
Außerdem 9 Uhr:
Die neuen Attraktionen.
Bock. 8 Uhr: Die schöne Bestatin.
Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary, Wolff, Bender, Glampietro, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Morgen Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr:
Auf in's Metropol.
Deutsch-Amerikanisches THEATER, Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr Gastspiel Ad. Philipp sowie Sonnabend zum 50. Male:
Der Sorgenbrecher.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
„Ueber'n großen Teich.“
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Ott. Blumenstr. 16.
Gefindeball
arrangiert v. Kaiserlichen Männerchor.
Anfang 9 Uhr. Ende 7 1/2 Uhr.
Sonntag: Eine Familie, oder: Die feindseligen Brüder.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Passage-Theater.
Heute Sonnabend, den 9. Februar, zum 5. Male:
Mal was Anderes!
Bosse von Leop. W. Josephine Dora, Georg Kaiser, Martin Bendix, Ernst Kaitner.
Aemer: Die glänzenden Februar-Spezialitäten.

Colosseum
Dresdenerstraße 97.
Täglich: Großer Bockbier-Jubel.
Musik! — Gesang! — Humor!
Allelei Ueberraschungen.

WINTERGARTEN SAHARET.
Otto Reutter
Neues Programm.
Riogoca-Familie, japan. Truppe, Rudinoff, Universalakünstler.
Seelöwen, vorgef. v. Matros. Walter, Abbie Mitchell, kreolische Sängerin. 4 Sisters Leamy, gymn. Produktion. Leonard Gaultier in der Szene „Ein Spielwarenladen“.
Morton und Elliot, Instrumentalisten und Papiermanipulatoren.
Auf dem Ball, Tanzszene, ausgef. von der Tiller-Truppe, London. Der Biograph.
Ende 11 Uhr

Folies Caprice
Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Anfang 8 Uhr.
Lotte Sebus.
Im Café Ables.
Ein Klabinprozess.
Berisch und Aulbach in den Hauptrollen.

Brunnen-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Direktion: Bernhard Rosa.
Sonntag, den 10. Februar 1907, nachmittags 3 Uhr (volkstüml. Preise):
Sodom und Gomorrha
Abends 7 Uhr:
Die Herren Söhne.
Kommel, Bernh. Rose.
Montag, 11. Febr.: Ausgewiesen.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anfang 8 Uhr. 7 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Neuer großer durchschlagender Bach-Erfolg!
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorspiel:
„Haylisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten von Anton u. Donat Herrnfeld
Borwert. 11-2 Uhr (Theaterkasse)
Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr 6. halben Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergstr. 19/20, Nolentz, Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Anna Müller-Lincke
Gesangs- und Variete-Theater in Berlin.
Leonhard Haskel
der beliebteste Volks-Komiker.
Max Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Auf Wunsch Vorführung in Vereinen jederzeit.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung:
Colosseum
Dresdenerstraße 97.
Täglich: Großer Bockbier-Jubel.
Musik! — Gesang! — Humor!
Allelei Ueberraschungen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschl.
Zweigverein Berlin.
Montag, den 11. Februar 1907, abends 8 1/2 Uhr,
im gesamten Zweigverein:
Stichwahlen für die Delegierten zum 9. Verbandstage.

Versammlung der Maurer
(Zahlstelle Berlin)
bei Freyer (früher Keller), Koppenstr. 29.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Düwell über das Thema: Der Kulturwert gewerkschaftlicher Arbeit. 3. Wahl der Delegierten. 4. Wahl des Schriftführers für die Zahlstelle Berlin.

Versammlung der Sektion der Gips- und Zementbranche
in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Block über das Thema: Zur Entwicklung der Gewerkschaften. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.
Verbandsbuch resp. Legitimationskarte legitimiert.
Kollegen! Wir erwarten vollständiges und pünktliches Erscheinen. Agitiert für guten Besuch der Versammlungen! Kein Kollege darf fehlen.
NB. Die Versammlung der Gruppe der Zementierer findet am Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause statt und eruchen wir alle Kollegen der Gruppe, diese Versammlung zu besuchen.
Der Zweigvereinsvorstand. J. H. E. Thöns.

Holzbildhauer!
Montag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Agitationskommission.

Zirkus Schumann
Heute abend prägte 7 1/2 Uhr:
XVIII. Grande Soirée High Life. (Gala-Programm und (Reu!) Konf. Hubert Cooke. Ferner: Nur kurzes Gastspiel Hr. Richard Sawades einzig dastehende, wunderbar dressierte gemischte
Naubtier-Gruppe.
Bestehend aus Königstigern, Löwen, Eisbären, Krangendären, alles Brauch-exemplare. Hr. Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren und köstliche Spezialitäten.
Um 9 Uhr zum 51. Male: Die größte Brauch-Ausstattungsphantomime
St. Hubertus.
Sonntag: Zwei Gala-Vorstellungen.

Zirkus Busch.
Sonnabend, 9. Februar 1907, abends 7 1/2 Uhr.
Um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der Engl. Boxkämpfe.
Ehrenpreis: gr. silberner Pokal (ausgef. v. Herren Wehr, Friedrich, Hölzer, Hofmann, U. d. Linden 25).
Ferner:
um 9 1/2 Uhr: **ROM.**
Gr. Orig.-Montage-Ausstattungs-Phantomime in 7 Bildern.
Manello Marnitz-Truppe, Akrob.
Ferner: **The Novellas** (Indien in Europa).
Die berühmte Kletterer-Lecuffen.
Sonntag: 2 Vorstellungen.

Kasino-Theater
Veltlingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann.
Vorher das vollständig neue erste Kasse bunte Februarprogramm.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachm.: Wo ist der Papa? und Die Schlosskellerei.
Sanssouci (Kasse 4a).
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt. Mont. Donnerst.: Hoffmanns Nordl. Sänger
Sonnt. Mont. u. Donnerst.: **Gr. Elite-Soireen.**
(Durchweg neues Progr.)
Sonnt. Ab. 5. Wochent. 8 U.
Jeden Dienstag: Theaterabend.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O.,
Frankfurter Allee 45.
Das einzig dastehende
Elite-Februar-Programm.
24 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.
Montag, den 11. Februar 1907, abends 6 Uhr, in dem Lokale von Franz Merkowski, Andrastraße 26:
Werkstattdelegierten-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die Aussperrung in der Holzindustrie. Referent: Kollege Gaffner. 2. Die Verbreitung unserer Presse. 3. Werkstattangelegenheiten.
Der Vorstand.

Gr. Wiener Maskenball
in Schöneberg's Festhale, Hasenheide 21
(Ecke Jahnstraße).
● Originelle Ueberraschungen. ●
Anfang 8 1/2 Uhr. — Billet 50 Pfennig.
Demaskierung 12 Uhr.
In zahlreichem Besuche ladet ein D. O.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen.
Täglich abends 8 Uhr
Sonntags ab 4 Uhr
Große Münchener Bockbierfeste.
Karl Kamborger mit seinen drei Kapellen: „Original Oberländer“, „F. Wilschütz“ und „D. Schlierer“. Schupplattler, Sänger und Sängerrinnen.
Liederbücher zum Mitbringen gratis.
Großartige eigene Dekoration.
Entree an Wochentagen 30 Pfennig.

Neue Welt
Helenenstraße 108-114.
Gr. Münchener Bockbierfest.
Muckl's neueste Schlager
Tiroler Meisterslager
Lina vom Heede
Jodlerkönigin
30 bayerische Madl.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Dienstag, 12. Februar 1907:
Prämierung des größten Dickkopfes.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Heute geschlossen.
Morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Räuber.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die junge Garde.

Neuerscheinungen.
Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung. Von Paul Kampffmeyer. Eine Führung durch die sozialdemokratische Bewegung und Literatur. Dritte vermehrte Auflage. Preis 50 Pf.
In besserer Ausstattung 1,20 Mk.
Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens, Wirtschaftslehre und Wirtschaftswörterbuch. II. Ein Vortrag, gehalten vor Berliner Arbeitern von Edward Bernstein. Preis 20 Pf.
In besserer Ausstattung 50 Pf.
Sozialdemokratische Philosophie. Eine Artikelserie von Josef Dietgen. Mit einem Wort von E. Dietgen. Preis 20 Pf.
In besserer Ausstattung 75 Pf.
Das Ende des Reichs. Deutschland und Preußen im Zeitalter der großen Revolution. Von Kurt Eisner. Preis 1 Mk.
Das persönliche Regiment. Neben und sonstige öffentliche Beziehungen Wilhelms II. Zusammengestellt von Blü. Schröder. Preis 1 Mk.
Expedition des Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, 233/4*
Loben.

Gerichts-Zeitung.

„Öffentliche Angelegenheiten.“

Im Februar 1906 hatte in Königsberg der Angestellte des Bauhilfsarbeiter-Verbandes wegen verloren gegangener Beitragsmarken die Mitglieder vom Traghelmer Ausbau nach einem Lokal zu einer Besprechung eingeladen und bei dieser Gelegenheit an die Mitglieder Kontrollmarken und Verbandszeitungen verteilt. Beim Glase Bier hat dann der Angestellte noch die Bemerkung einfließen lassen, daß es wünschenswert wäre, daß der Verband gestärkt würde. Dieser Satz brachte ihm ein polizeiliches Strafmandat von 30 Mark ein. Er sollte in einer nicht angemeldeten Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtern. Am 17. Januar 1907 hat das Schöffengericht wie die Strafkammer den Genossen frei, weil beide Instanzen der Meinung waren, daß die Verammlung nur zur Erörterung interner Vereinsangelegenheiten einberufen war. Anders entschied aber das Kammergericht. Es hob das freisprechende Urteil mit der Begründung auf, daß die in Frage stehende Bemerkung des Angeklagten als eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten zu erachten sei, und daß durch die Bemerkung die Verammlung zu einer anmeldspflichtigen, zu einer, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, geworden sei. Das Mandat in solchen Versammlungen ist in dem Falle strafbar, wenn die Verammlung nicht angemeldet ist. In diesen Tagen hatte sich nun wieder die Königsberger Strafkammer mit der Angelegenheit zu befassen. In der Weisaufnahme blieb es zweifelhaft, ob die Verammlungsbemerkung unter „der wünschenswerten Stärkung des Verbandes“, die der Angeklagte ausgesprochen hat, verstanden haben, daß sie dem Verbands neue Mitglieder zuführen sollen, oder ob sie dafür sorgen sollten, daß die schon vorhandenen Mitglieder ihren Pflichten gegenüber dem Verbands nachkämen und mit den Beitragszahlungen nicht im Rückstande blieben. Der Angeklagte erklärte, das letztere gemeint zu haben.

Das Gericht kam zu einer Verurteilung; es erkannte auf 15 Mark Geldstrafe, während der Staatsanwalt 30 Mark beantragt hatte. In der Urteilsbegründung heißt es: Der Bauhilfsarbeiterverband bezwecke die soziale Vervollständigung seiner Mitglieder; das sei eine öffentliche Angelegenheit. Der Angeklagte habe mit seiner Bemerkung die Mitglieder aufgefordert, den Verband zu stärken, um den sozialen Zweck desselben zu fördern. Das sei eine Erörterung sozialer, d. h. öffentlicher Angelegenheiten. Nicht erst durch diese Erörterung, sondern schon mit dem Augenblick, in dem der Angeklagte den Entschluß zu dieser Erörterung faßte, sei die Verammlung anmeldspflichtig geworden, und der Angeklagte habe sich deshalb durch diese Erörterung strafbar gemacht.

Das Urteil basiert auf der durchaus falschen Entscheidung des Kammergerichts. Wäre die Ansicht des Kammergerichts über den Begriff einer „Versammlung“ und einer „öffentlichen Angelegenheit“ zutreffend, so müßten Tausende des Ordnungsbereiches und viele Unternehmer unter Anklage gestellt werden, die in der Aneipe sich über politische Gegenstände, zum Beispiel über den Kampf gegen die Sozialdemokratie unterhalten. Sollte nicht auch einmal ein Kammergerichtsmittglied sich an Bierische über politische Dinge unterhalten haben? Die Drangsalierung des kümmerlichen preußischen Vereinsrechts geht weit über die in den fünfziger Jahren hinaus. Ist das Gesetz aber vom Kammergericht zutreffend ausgelegt, so ist schlechterdings nicht abzusehen, weshalb das Gesetz nicht gegen Unternehmer und bürgerliche politische Kammerglieder Anwendung findet. Freilich bleiben ja selbst „ordnungspartheiliche“ öffentliche Aufzüge und Reden unter freiem Himmel entgegen der kammergerichtlichen Auffassung anklagefrei. Die Verfassung behauptet, alle Preußen seien vor dem Gesetze gleich, und das Reichsrecht legt der Angelegenheitsbehörde die Pflicht auf, alle Straftaten ohne Ansehen der Person zu verfolgen.

Scheuen eines Pferdes durch ein vorübergehendes Motorrad und Haftung des Tierhalters.

Es sei zu diesem Fall folgendes mitgeteilt: Am 6. Juli 1904 hielt der Milchhändler S. in Dommern (Westfalen) vor einer Wirtschaft. Während sich S. im Hause befand, fuhr ein Motorrad an seinem Fuhrwerk vorbei. Sein Pferd wurde hierdurch scheu und ging mit dem Wagen in der Richtung nach Wilten, wo die Straße bergab geht, durch. An einer anderen Wirtschaft wollte ein Fuhrunternehmer S. das Pferd aufhalten und knallte ihm mit der Peitsche entgegen. Infolgedessen bog das durchgehende Tier links ab und überfuhr den früheren Wälder W., welcher einen Weinbruch erbt und nun 100 M. Schmerzensgeld, 464,50 M. Pflanzkosten und 50 M. monatlich Unterhaltsrente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit von dem Fuhrhalter S. verlangt. Der Beklagte beruft sich darauf, daß das Motorrad in rasender Geschwindigkeit und unter starkem Geräusch an dem Pferde, das abgehängt vor der Wirtschaft gestanden habe, vorbeigefahren sei, wodurch das Pferd erst scheu geworden und durchgegangen sei. Sodann liege ein Reiterschulden des Betramten gewissen Klägers vor. Auch würde das Pferd den Kläger nicht umgerannt haben, wenn nicht S. mit der Peitsche geknallt und es dadurch zum Abbiegen gezwungen hätte.

Das Landgericht Bochum erkannte den Klageanspruch dem Grunde nach als gerechtfertigt an. Die gegen das landgerichtliche Urteil eingelegte Berufung wurde vom Oberlandesgericht Hamm zurückgewiesen. Das Berufungsgericht sagt: Wird durch ein Tier ein Mensch verletzt, so ist nach § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Darüber, daß der Beklagte das Pferd, mit dem der Wälderswagen bespannt war, hielt, herrscht unter den Parteien kein Streit. Ein Schaden sei, führt das Berufungsgericht weiter aus, nicht mehr als „durch ein Tier“ verursacht anzusehen, wenn

das Tun des Tieres ein unwillkürliches gewesen sei. Das liege vor, wenn ein äußeres Ereignis mit solch unwillkürlicher Gewalt auf den Körper oder die Sinne des Tieres eingewirkt habe, daß es nach physiologischen Gesetzen gar nicht anders habe handeln können, wenn — mit anderen Worten — das eigentliche tierische Tun ausgeschaltet werde und es sich um eine rein mechanische Bewegung handle. Das Vorbeifahren eines Motorrades sei ein solches Ereignis nicht. Das dadurch bewirkte Scheuwerden und Durchgehen eines Pferdes sei gerade in der tierischen Natur begründet und eine Verwirklichung der eigentlichen Tiergefahr, wie der § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches sie im Auge habe. Aber auch das Eingreifen des S. sieht das Berufungsgericht nicht als unterbrechend für den Kausalzusammenhang zwischen dem Durchgehen des Pferdes und dem Unfall des Klägers an. Ein dem Pferde aufgezwungener Wille könne nicht in Betracht kommen, denn S. habe nicht den Willen gehabt, daß das Pferd links abbiege, sondern daß es stehen bleibe.

Die gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegte Revision hatte keinen Erfolg und wurde vom IV. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

Der Fall zeigt, wie dringend erforderlich die gesetzliche Haftung der Motor- und Automobilhalter ist.

Fahrlässige Tötung.

Vom Landgericht Münster i. W. ist am 7. September v. J. der Landwirt und Ziegeleibesitzer August Hubbert wegen fahrlässiger Tötung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei einem Abbau stürzte eine Wand ein und tötete einen Arbeiter. Durch die Gewerkeinspektoren und kurz vorher noch durch seinen Ziegeleibesitzer war er gewarnt worden, an so gefährlichen Stellen arbeiten zu lassen. Dem Ziegeleibesitzer hatte er erwidert, die Arbeiter sollten sich nur vorsehen.

Troydem die leichtfertige Rücksichtslosigkeit des Ziegeleibesitzers gegen das Leben seiner Mitmenschen an vorsätzlicher Tötung (unter zutreffender Annahme des dolus eventualis) grenzt und die erkannte Strafe eine außerordentlich niedrige ist, legte der Verurteilte Revision ein. Diese wurde am Donnerstag vom Reichsgericht verworfen.

Ein Dresdener Urteil.

Am 6. und 7. Februar kam vor der Vorkammer des Dresdener Landgerichts ein Strafprozess zur Verhandlung, der in seinem Verlauf unsere Auffassung über die gegenwärtige Strafrechtspflege wiederum im vollen Umfange rechtfertigt und der selbst dem schwerwiegendsten Diebstahl zu Gemüte führt, ob Gerechtigkeit und Billigkeit dasselbe ist.

Der gefährlichen Körperverletzung angeklagt, nahm vor der Anklagebank, am Verteidiger, der Rittergutsbesitzer Dr. jur. Johann Heinrich Hermann Freiherr von Griesen auf Schleinitz bei Lommatzsch Platz. Die zwei Tage in Anspruch nehmende Verhandlung ergab folgendes: Am 22. November machte der Freiherr eine Ausfahrt nach der nahegelegenen Stadt und lehrte im Hotel zum goldenen Fähr ein. Er hatte ein Paar Pferde angepöndelt, die sehr leicht scheuten. Troydem hatte er seinem Kutscher verboten, jemanden anders die Pferde halten zu lassen. Nun hatte der Kutscher das Unglück, daß ihm die Pferde plötzlich durchgingen, während er sich nicht auf dem Boden befand. Sie rissen die Straßentafel und wurden dort aufgehoben und zurückgebracht. Die Pferde selbst waren unverletzt, der Wagen aber beschädigt. Als der Freiherr dazu kam, schlug er mit einem Knüttel von 8 1/2 Zentimeter Umfang dem Kutscher über den Kopf, daß das Blut herunterlief und dieser in ärztliche Behandlung gehen mußte. Der Kutscher behauptet glaubhaft, noch heute von dem Schläge Schmerzen zu empfinden, während der ihn behandelnde Kassenarzt Dr. Lehmann vor Gericht behauptete, der Zeuge sei ein Simulant. Er habe ihn am zweiten Tage der Behandlung gewöhnlichen Jucker anstatt einer Medizin verabreicht, und der Kutscher habe darauf erklärt, daß es ihm besser gehe. Allem Anschein nach hängt die Sache aber anders zusammen. Es wurde nämlich festgestellt, daß der Arzt zu dem Freiherrn gegangen war und ihm daraufhin — wie er behauptet — den Jucker gegeben hat. Ferner hat der Zeuge nicht positiv erklärt, daß es ihm auf das scheinbare Pulver hin besser gehe, sondern daß er immer noch Schmerzen habe, daß es nur nicht so schlimm gegenwärtig sei wie sonst. Das mag aber darauf beruhen, weil der Patient einen längeren Spaziergang an der frischen Luft hinter sich hatte, der ihm etwas Erleichterung gebracht hatte. Der angeklagte Freiherr verweigerte nun die Tat selbst als einen Akt der Notwehr hinzustellen. Die Zeugen aussagen sollten jedoch seine Angaben widerlegen. Nach der Darstellung eines Schuymannes, der zufällig Zeuge des Vorfalls war, trat der Freiherr an den zurückgebrachten Wagen heran und äußerte sich mißbilligend über den Kutscher. Dann kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und seinem Kutscher, in dessen Verlauf der letztere zu seinem Herrn sagte: „Der gnädige Herr hat ja verboten, daß jemand anders die Pferde halten darf, dann kann das Unglück eben passieren.“ Darauf ging der Freiherr mit dem Stock in der Hand auf den Kutscher zu, der Kutscher erhielt damit einen wuchtigen Schlag auf den Kopf und der Schuymann habe dann nur noch bemerkt, daß der Kutscher das Gesicht des Freiherrn angefaßt hielt und ihn so etwa 3 Schritte zurückdrängte, worauf er die beiden auseinandergebracht habe. Darauf wandte sich der Freiherr sofort zu den anstehenden Zeugen des Vorfalls und sagte: „Sie haben doch gesehen, daß er angefangen hat.“ Einstimmig wurde ihm die Antwort: „Nein, Sie haben angefangen!“ Vier weitere Zeugen gaben unter

Eid übereinstimmend und in ganz klarer Weise den Tatbestand in folgender Weise wieder: Der Angeklagte ging nach der Antwort des Kutschers mit erhobenem Stock auf diesen zu und schlug ihn mit dem Worten: „Was, Du willst wohl noch...“, an der Schulter. Der Kutscher drehte sich ihm unwillkürlich zu und im nächsten Augenblick faßte der Knüttel auf seinen Kopf. Schon erhob der Angeklagte den Knüttel zum zweiten Schlag, als der Angegriffene die Hände abwehrend gegen ihn ausstreckte, ihm dabei ins Gesicht griff und ihn so etwa drei Schritte zurückdrängte. Dann wurden beide auseinandergebracht. Diese Aussagen wurden mit aller Bestimmtheit gemacht und bedeten sich vollständig. Alle Zeugen sagten ferner, daß der Freiherr der Angreifer gewesen sei. Die Darstellung des Angeklagten, wonach er zuerst angegriffen worden sei, wurde durch keinen Zeugen bestätigt.

Der Staatsanwalt beantragte nach dem gravierenden Ergebnis der Weisaufnahme Verurteilung des Angeklagten. Das Gericht erkannte unter Vorsitz des Dr. Oeder auf Freisprechung mit der Motivierung, daß der Angeklagte das Gefühl gehabt hätte, er dürste sich die Worte seines Dieners nicht gefallen lassen. Die Zeugenaussagen wichen von einander ab. Der Kutscher sei sofort auf ihn eingebrochen, dann habe er erst den Schlag erhalten. Das aggressive Vorgehen des Kutschers gegen den Angeklagten müßte als Angriff aufgefaßt werden.

Die Auffassung des Gerichts über die Tat- und Rechtelage gegenüber den Zeugenaussagen beweist, wie dringend notwendig der Ertrag gelehrter Richter durch aus allen Teilen der Bevölkerung entnommene, durch das Volk gewählte Laienrichter ist.

Eine Warnung für Radfahrer.

Wegen fahrlässiger Tötung ist am 18. September v. J. vom Landgericht Mey der Schlosser Josef Hergat zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er fuhr von A. nach N. auf seinem Rade zur Arbeit. Troy Rebels fuhr er sehr schnell den Berg hinunter und fuhr von drei Italienern zwei mit, von denen der eine sofort starb. Der Angeklagte hatte kein Klingelzeichen gegeben. Möglicherweise war der Getötete etwas krank oder schwächlich. Aber der Stoß des Angeklagten war doch die Ursache des Todes. Bei langsamem und vorsichtigem Fahren wäre das Unglück vermieden worden. — Die Revision des Angeklagten, der die Ursächlichkeit bestritt, wurde am Donnerstag vom Reichsgericht verworfen.

Vater und Sohn wegen Mordes verurteilt.

Das Schwurgericht in Amberg (Oberpfalz) verurteilte den 33 Jahre alten Tagelöhner Johann Schönberger wegen Ermordung seines Kindes zum Tode und den 14 Jahre alten Stiefsohn des Schönberger wegen Beihilfe zum Mord zu 7 Jahren Gefängnis.

Wieder einer!

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stand gestern wieder einmal einer jener Blutsauger, die es verstehen, aus der Erstlings des § 175 Kapital zu schlagen, indem sie ihn zum Ausgangspunkt für Erpreßungsversuche machen. In dem gestern verhandelten Falle hat der Angeklagte, „Arbeiter“ Ernst Kewitz, ganz besonders dreist gehandelt. Er hat an einen außerhalb Berlins wohnenden arbeitslosen Herrn, der mit dem Gelichter, dem der Angeklagte angehört, absolut nichts zu tun hat, brieflich das Ansuchen gestellt, ihm 100 M. zu schicken, wibrigensfalls er einige angebliche Sünden des Adressaten auf dem Gebiete des § 175 zur Anzeige bringen würde. Beigefügt waren einige Namen, die angeblich die Behauptungen des Psephschreibers bestätigen würden. Der Adressat, dessen Gemissen absolut rein ist, übergab den Brief sofort der Kriminalpolizei. Der Angeklagte gab im Termin zu, daß seine Behauptungen erfunden und die von ihm angeführten Namen fingiert waren. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis.

Der sündige Bischof.

Eine volle Tagesfrist beschäftigte die zweite Strafkammer des Landgerichts I mit dem in Vermittlers Verlag erschienenen Buch „Der sündige Bischof“, das dem Verleger eine Anklage wegen Verbreitung einer unästhetischen Schrift eingetragen hat. Das Buch behandelt die Frage des Jölibats, d. h. der lebenslänglichen absoluten Enthaltsamkeit im Zusammenhang mit den übrigen Verhältnissen der katholischen Kirche und schildert das ganze Seelenleben des Jölibatens, alle Fluktuationen und Schwankungen desselben auch die Reaktion gegen die sinnlichen Ansetzungen. Der Angeklagte bestritt entschieden, daß das Buch eine unästhetische Wirkung ausüben könne.

Nach einer langen Weisaufnahme beantragte der Staatsanwalt 100 M. Geldstrafe, der Verteidiger, Rechtsanwalt Werthauer, begehrte Freisprechung. Das Buch kämpfe für Ehe gegen Jölibat. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend. Das Buch möge den Jölibat verfolgen, Mißstände aufzudecken, die mit dem Jölibat und der Ohrenbeichte in Verbindung stehen. Die inkriminierten Stellen seien aber an sich ungestraft und dem Verfasser sei es nicht gelungen, die Schäden künstlerisch zu verklären und deshalb wirke das Buch ungestraft.

Aus der frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Teget. Montag, den 11. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Trapp: Öffentliche Versammlung. Vortrag. Genosse Zubeil: „Warum dürfen Frauen nicht wählen?“

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin). Bureau: Lindenstraße 215 III. — Geöffnet von 8-1 und 4-8 Uhr. — Telefon: Amt III 933.

Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr: General-Versammlung in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Generalversammlung in München. 2. Beratung der Entwürfe. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. 4. Neu- und Ergänzungswahlen für Angestellte in unserem Bureau. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers. 2. Neuwahlen der Verwaltung. 3. Anträge. NB. Im Bericht des Vorstandes wird das Referat zum Austrage gedruckt, was bezüglich der Reichstagswahlen zurückgestellt worden ist und liegt ein Antrag der Vertrauensleute vor, den Lokalbeitrag zu erhöhen. Die Ortsverwaltung.

Beste Sparanlage! durch Kauf kleiner Grundstücke in aufblühendem Vorort, 1/4 Stunde von Berlin, nahe Bahnhof. 35 M. inkl. Straßenpflaster gegen bequeme Abzahlungen. Offerten erbeten sub P. 1 an die Expedition dieses Blattes.

Achtung, Gewerkschaften, Theater- u. sonstige Vereine! Saal, 500 Personen fassend, Bühne mit 23 Verwandlungen, in durch Abhaltung des Vertrages der Privat-Theatergesellschaft „Kornblume 1878“ und „Neue Töne“ für einige Sonntage im Februar, März, April usw. zu vergeben. Sonnabende noch ebenfalls zu vergeben. Amt III 6325. Fritz Wilke, Brunnenstr. 188.

